Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270. Sonnabend, den 16. November 1918. 25. Jahrg.

Revolution und Demokratie.

Jetzt ist es Zeit zum Handeln, nicht aber zu müßigen theoretischen Streitereien über die Richtigkeit dieser oder jener Parteiauffassung. Die Arbeiter in ihrer großen Masse haben es richtig erfaßt, daß der revolutionäre Sieg nur gesichert und in seinen Folgen für die Arbeiterklasse fruchtbar gemacht werden kann, wenn völlige Einigkeit im Handeln besteht. Ob vor der Revolution die eine oder die andere Parteirichtung die Ereignisse und die sich daraus ergebende Situation richtiger beurteilt hat, ist heute ziemlich gleichgültig, wenn nur jetzt aus den revolutionären Vorgängen in ganz Deutschland die richtigen Konsequenzen gezogen werden; wenn man sich der dringendsten Notwendigkeiten des Augenblicks ebenso bewußt ist wie der schweren Aufgaben, die in der allernächsten Zukunft zu lösen sind.

Um sie zu lösen, müssen aber auch die Mittel und Wege dazu richtig erkannt und müssen die eigenen Kräfte und etwaige Hilfskräfte aus anderen Kreisen ebenso klar geschätzt werden, wie die Kräfte der Gegner und Feinde der Arbeiter, die natürlich mit tiefstem Ingrimm der revolutionären Bewegung gegenüberstehen und, wenn sie die Macht dazu hätten, sicher den Versuch der Niederwerfung machen würden. Aber das Hauptmachtinstrument, der Militarismus, ist zerbrochen; nach diesem katastrophalen Zusammenbruch, der sich in dem Aufstand der Marinemannschaften und im Anschluß der Truppen der Landarmee dokumentiert, wird er niemals wiederauferstehen. Heer und Flotte sind aus einem Werkzeug der Unterdrückung zu einer Schutzwehr für die Volksfreiheit geworden und werden eine solsche für die Zukunft bleiben müssen soweit überhaupt ihre Erhaltung sich als notwendig erweisen wird.

Der gewaltsame revolutionäre Kampf, der die Aufrichtung der Volksfreiheiten in die Wege geleitet hat, wird nur eine hoffentlich schnell vorübergehende Erscheinung sein. Seine Aufgabe war, die Mächte des alten reaktionären Regiments zu überwinden, **die Hindernisse für den politischen, ökonomischen und sozialen Neubau von Staat und Gesellschaft zu beseitigen.** So lange dieser Kampf mit Waffengewalt dauert, wird eines gewissen Terrors nicht zu entraten sein als des wirksamsten Mittels, die alten Gewalten zum Abtreten oder zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Waffengewalt des Volksheeres muß auch der Volksregierung, welche Form sie immer annehmen mag, zur Verfügung bleiben, um gegen alle sich zeigenden Widerstände sich durchsetzen zu können.

Mit richtigem historischen Sinn hat Karl Marx die Gewalt als die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, bezeichnet. Ihre Funktion ist erledigt, wenn der neugeborene Weltbürger zu eigenem Leben erwacht. Dann gilt es, seine Ernährung, seine Pflege, seine Erziehung sicherzustellen, damit er zu einem lebenskräftigen Dasein kommt. Auch die Lebensfunktionen des neuen Staates erheischen vorerst fürsorgliche Regelung, wozu es der tatkräftigen Mitarbeit aller derer bedarf, die der revolutionären Umgestaltung sympathisch oder wenigstens nicht feindlich gegenüberstehen. Zu dem Zwecke müssen alle bereiten Kräfte zusammengefaßt werden. Das ist nur möglich auf dem Wege der Demokratie, die allein alle Kräfte zur Mitarbeit entfesseln kann.

Alle Revolutionen in der neueren Geschichte Europas haben die Demokratie als Ziel gehabt, die Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes für die zu eigenem politischen Denken erwachten Klassen. Je nachdem in den Völkern und Staaten schon ein mehr oder minder großes Stück Demokratie bestand, nahmen die Revolutionen andere Formen an, da ein Volk, das schon über gewisse politische Kampfmittel verfügt, naturgemäß zunächst diese anwendet, ehe es zu den Mitteln der Gewalt greift, um die notwendig gewordenen Rechts- und Machterweiterungen durchzusetzen. Wo alle Mittel legalen Kampfes fehlen, treten darum auch die Revolutionen am explosivsten auf. Rußland ist dafür ein überzeugendes Beispiel. In Parallele mit der großen französischen Revolution ist aber die russische auch ein Beispiel dafür, wie in Ländern mit noch unentwickelter Volkswirtschaft und mit großen, in der Bildung und der politischen Erziehung rückständigen Volksmassen Revolutionen über die durch die innere wirtschaftliche Entwicklung bedingten Grenzen hinausdrängen, um hinterher in diese Grenzen zurückgeworfen zu werden. Diese Gefahr scheint uns auch für Rußland unter dem Bolschewismus zu bestehen. Nach unserer Auffassung haben die russischen Menschewiki die Situation nach der Märzrevolution des vorigen Jahres richtiger beurteilt, als sie zunächst auf die Herstellung einer Demokratie in Rußland hinsteuerten. Sie scheiterten an dem Imperialismus der russischen Großbourgeoisie, die ihre Vertretung in der Kadettenpartei hat und für ihre kapitalistischen Zwecke den Krieg zusammen mit den anderen Ententestaaten bis zum „Endsieg" fortsetzen wollte. Daß die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre sich dafür einfangen ließen, brachte sie um ihren Anhang bei den revolutionären Arbeitern und Bauern, und die absolute Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten führte dann zur militärischen Katastrophe und zur Novemberrevolution, die die Bolschewiki ans Ruder brachte.

Diese befanden sich in einer ungeheur schwierigen Situation; die den revolutionären Terror ohne weiteres erklärt. Die in der russischen Nationalversammlung vorhandenen Ansätze zur Demokratie wurden gewaltsam beiseite geschoben. Ob die Nationalversammlung mit Recht als ein einigermaßen zutreffendes Spiegelbild der russischen Volksströmungen angesehen werden konnte, ist noch heute eine unentschiedene Frage. Aber eins hat sich in Rußland als ganz unfraglich erwiesen: daß der revolutionäre Terror kein Mittel ist, um die volkswirtschaftliche Neugestaltung des Reiches in gangbare Wege zu lenken. Auch die russischen Revolutionäre brauchen daher die Kräfte der Intelligenz, deren Mitarbeit sie bei dem staatlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau gar nicht entbehren können.

Die deutsche Revolution hat gleich der russischen ihren unmittelbaren Ursprung in dem absoluten Friedensbedürfnis der Soldaten- und Volksmassen. Sie datiert nicht erst von der Matrosenerhebung in Kiel, sondern war mit dem gleichen nächsten Ziel: schnelle Wiederherstellung des Friedens, schon vorher auf dem Marsche und hatte bereits einige wichtige Etappen hinter sich gebracht und bedeutsame Hindernisse hinweggeräumt. Das war auf demokratischem Wege durch Zusammenarbeiten der Mehrheitsparteien geschehen. Die Matrosen- und Soldatenerhebung hat die revolutionäre Bewegung in schleunigeren Fluß gebracht und die letzten Hindernisse beseitigt, so daß der Neuaufbau unserer durch den Krieg zerrütteten Volkswirtschaft in Angriff genommen werden kann, sobald die durch Soldaten und Arbeiter erfolgte Eroberung der politischen Macht für die Zukunft sichergestellt ist.

Die deutsche Sozialdemokratie war bisher nur eine Minderheit in unserem Volk ganzen. Da wir aber nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten sind, mußten wir die Mehrheit respektieren und sie in dem Sinne zu beeinflussen versuchen, daß wir mit ihrer Hilfe unseren Zielen näher kamen. Wer die Entwicklung der letzten Monate unbefangen beurteilt, wird zugeben müssen, daß **die von der Sozialdemokratie befolgte Taktik nicht fruchtlos war**, daß sie vielmehr den Boden bereitet hat, auf dem allein ein so schneller durchschlagender Erfolg der Matrosen- und Soldatenerhebung erzielt werden konnte. Die revolutionäre Erhebung selbst wird darum auch **unseren Anhang im Volke vermehren** und uns voraussichtlich eine Mehrheit verschaffen, stark genug, für die Arbeiterklasse alles Notwendige zu erringen und unserer Volkswirtschaft die **sozialistische Grundlage** zu geben. Wo solche Aussicht besteht, wäre natürlich das Regierenwollen mit den Mitteln terroristischen Zwanges töricht; das würde uns nur in die Minderheit zurückwerfen, was dann zu verschärftem Terror führen müßte, der die wirtschaftliche Aufrichtung unseres Volkes unmöglich machen würde.

Nein, für eine gewaltsame Politik besteht in dem zur Demokratie durchgerungenen Deutschland keine Notwendigkeit mehr. Wir können der demokratischen Entwicklung auch in der Revolution vertrauen, denn wir vertrauen damit nur **auf uns selbst und auf unsere eigene Kraft.** Wer es anders will, beweist damit nur, daß ihm **das Vertrauen zur eigenen Kraft fehlt.**

Um aber das große Werk der Neugestaltung Deutschlands in Angriff nehmen zu können, um vorerst nur **unser Volk gegen Hungersnot sicherstellen** zu können, die uns aus der greulichen Hinterlassenschaft des Krieges droht, ist schon ein **demokratisches Zusammenarbeiten mit allen Volksgenossen,** die dazu bereit sind, notwendig. Das allein verbürgt die Ruhe, deren wir bedürfen, um die vielfach schon zerrissenen Fäden der Volksversorgung wieder anzuknüpfen und sie wieder zum regelmäßigen Funktionieren zu bringen. Wollen wir leben, auch nur notdürftig leben, so müssen Produktion und Verkehr schnell wieder in ungestörten Gang gesetzt werden. Ist das erreicht, dann gilt es, das **neue demokratische Deutschland** auf festem Grund zu verankern, daß es lebensfähig werde und sich aus dem schrecklichen Kriegselend bald zu besseren Verhältnissen emporarbeite. Das kann unserer festen Ueberzeugung nach nur **auf Grundlage einer sozialisierten Volkswirtschaft** geschehen. Und wir dürfen das Vertrauen zur Kraft unserer deutschen Arbeiterklasse haben, daß sie im demokratischen Reich und in den demokratisierten Einzelstaaten sich den Platz erringen wird, der ihr nach ihrer ausschlaggebenden Bedeutung in unserer gesamten Volkswirtschaft zukommt. Dabei wird es ihr weder an der nötigen Kühnheit, noch an der ebenso notwendigen Besonnenheit fehlen.

Die Vorgeschichte der Revolution.

Unter der Ueberschrift „Wie es kam" erzählt der „Vorwärts" folgendes über den Ursprung der Revolution:

„Gewöhnlich rechnet man als Beginn der Revolution den 5. November, den Tag ihres Sieges in Kiel. Das ist aber nicht richtig. In Wirklichkeit hat sie schon eine volle Woche früher eingesetzt. Kiel war der zweite, nicht der erste Akt der Revolution.

Dieser erste spielte sich **auf der gesamten Hochseeflotte ab und war die Notwehr von 80 000 Menschen gegen einen alldeutschen Schurkenstreich.** Um den Zusammenhang zu verstehen, muß man sich der fieberhaften Propaganda erinnern, die Ende Oktober von den Alldeutschen für den „nationalen Verzweiflungskampf" getrieben wurde. Um sich noch eine Galgenfrist zu erkaufen, suchten sie das Volk in ein letztes aussichtsloses Ringen hineinzuhetzen, das nur den völligen Untergang zur Folge haben konnte. Das Blut von Hunderttausenden, die noch sterben sollten, rührte diese Gewaltmenschen nicht, in deren Rechnungen Menschenblut noch nie eine Rolle gespielt hat. Ihre Offiziersehrbegriffe sollten für das ganze Volk gelten: dieses hatte nach ihrer Anschauung die Pflicht, sich eher ausrotten zu lassen, als die „Schmach" der Niederlage hinzunehmen.

Aber den Alldeutschen fehlte die Macht, diesen Volksausrottungsplan in die Tat umzusetzen. Das Volk ließ sich von ihren ungezählten Flugblättern nicht betrunken machen. Der Putschversuch am Eisernen Hindenburg mißlang kläglich, statt der erwarteten Massen kamen nur wenige Hunderte. Im Reichstag bildeten die Alldeutschen ein isoliertes Häuflein, die Regierung bestand aus ihren schärfsten Gegnern, und Ludendorffs Sturz versinnbildlichte die Ausschaltung der unverantwortlichen Nebenregierung.

In ihrer Not verfielen die Alldeutschen auf das Heer, das sie durch die Hand des gleichgesinnten Offizierskorps immer noch zu beherrschen glaubten. Von der revolutionären Stimmung der Truppen ahnten sie nichts, oder aber ihr an Machtanbetung gewohntes Denken hielt die eingedrillte Disziplin auch jetzt noch für das stärkere.

Ein teuflischer Plan wurde ausgeheckt. Die Flotte sollte auslaufen und sich im Kampf gegen den übermächtigen Feind bis zum letzten Schiff opfern. Das hätte wohl 80 000 Menschen das Leben gekostet, aber wäre nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk noch einmal mit der Stimmung der Augusttage 1914 zu erfüllen. So etwas ließ man sich — oder vielmehr andere — schon etwas Blut kosten.

Dieser Plan ist keine Phantasie. Er ist vielmehr durch zuverlässige Aussagen von Matrosen erwiesen. Tatsächlich erhielt am 28. Oktober die Schlachtflotte den Befehl zum Auslaufen. Den Matrosen wurde gesagt, es handle sich um ein Manöver.

Aber der durch vier- bis siebenjährigen Dienstzeit geschulte Geist der Seeleute entdeckte bald eine Reihe größerer und kleinerer Anzeichen in den Vorbereitungen, die durchaus gegen den Plan eines Manövers und für den einer beabsichtigten Seeschlacht sprachen. Abschiedsbriefe von Offizieren wurden abgefangen, die mit aller Klarheit aussprachen: wir wollen lieber untergehen, als den Engländern die Flotte ausliefern. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von Mund zu Mund, von Bord zu Bord: im letzten Augenblick des Krieges will man uns sämtlich noch hinmorden.

Die Flotte meuterte. Die Matrosen widersetzten sich der Ausfahrt. Ansprachen der Offiziere, Beruhigungsreden, Verhandlungen — nichts half. Der Versuch der Ausfahrt wurde wiederholt, er mißlang wieder, er mißlang ein drittes Mal. Auf den Geheimbefehl „Vorhaben ist unbedingt auszuführen" kam jedesmal die Antwort: „Vorhaben ist nicht ausführbar."

Es muß eine schwere Zeit für die Matrosen gewesen sein. Denn hinter ihrer Aktion stand einstweilen nichts als ihr Solidaritätsgefühl. Schwere Zuchthausstrafen drohten den „Meuterern", sobald man ans Land kam. Tatsächlich wurden alsbald **in Wilhelmshaven an tausend Matrosen abgeführt und gefangen gesetzt.** Aber was abschreckend wirken und die Unterwerfung fördern sollte, weckte in den entschlossenen Köpfen gerade den Entschluß zum äußersten Widerstand: Sind wir soweit gegangen, sagten sie sich, so müssen wir noch weiter gehen. — Hier winkte das Zuchthaus, dort die Freiheit, die Wahl war nicht schwer: sie fiel auf die Revolution.

Was dann folgte, die Vorgänge in Kiel und an der Wasserkante, ist bekannt. Wie eine blutige Ironie der Weltgeschichte bleibt die Tatsache bestehen, daß die Alldeutschen selber mit ihrem Verzweiflungsplan den Stein ins Rollen gebracht haben. Ihre letzte und gemeinste Bosheit am deutschen Volke hat ihren Untergang besiegelt."

Die Friedensverhandlungen.

Die „Daily Chronicle" meldet aus London: Es steht fest, daß die Friedenskonferenz Anfang Januar in Versailles tagen wird. Zu den britischen Bevollmächtigten wird Lloyd George, Balfour und Barnes gehören. Die gesamte englische Abordnung einschließlich des notwendigen Personals wird über 200 Köpfe zählen. Nach der „Daily News" werden auch die Beratungen über die Friedenspräliminarien in Versailles stattfinden. Diese werden etwa in 30 Tagen, nachdem die Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt sind, beginnen. Balfour und Sonnino sind bereits in Paris. Lloyd George und Orlando werden ebenfalls erwartet.

Nach dem Kriege.

Die Entlassung der Soldaten.

WTB. Berlin, 15. November. Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden. Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten. Sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Darum Geduld und Ruhe, bis ein jeder an der Reihe ist. Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet. Jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, z. B. Gefangenenbewachung, müssen warten, bis sie ersetzt sind. Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgend einem Grunde abgekommen ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrschein zu einem Ersatz-Truppenteil. Wer mit Urlaub heimfährt, sieht zu Hause nach den öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Marschgebührnissen kommt. Bis dahin dient ihm der Urlaubsschein als Ausweis. Wer vom Truppenteil oder von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mk. Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsanzug.

Goehre. Kriegsminister Scheuch.

*

Elsaß-Lothringen.

Der Ministerrat beschäftigte sich mit der Organisation Elsaß-Lothringens und ernannte zu Oberkommissaren der Republik: Für Straßburg: Generalkommissar für öffentliche Sicherheit Maringern; für Metz, Präfektendepartements Meurthe-et Moselle: Mirman; für Colmar: Staatsrat Poulet.

*

Ein Protest Fochs.

Wie aus Paris gemeldet wird, richtete Marschall Foch an die deutsche Heeresleitung folgende Depesche: Aus Informationen, welche die Heeresleitung der Verbündeten erhielt, geht hervor, daß an manchen Stellen, namentlich in Belgien und vor allem in der Gegend von Brüssel von deutschen Truppen Gewalttaten gegen die Bevölkerung verübt werden und Zerstörungen und Plünderungen stattfanden, welche den Waffenstillstandsbedingungen direkt zuwiderlaufen. Die Heeresleitung der Verbündeten rechnet darauf, daß die deutsche Heeresleitung unverzüglich alle Maßnahmen treffen wird, die den Verletzungen des geschlossenen Abkommens ein Ende bereiten. Wenn diese Taten nicht sehr bald aufhören, wird die Heeresleitung der Verbündeten gezwungen sein, Schritte zu tun, um ihnen ein Ende zu bereiten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Heeresleitung alles daran setzen muß, um derartige Zustände zu verhüten.

*

Die neue Antwort an Wilson.

WTB. Berlin, 15. Nov. Die deutsche Regierung sandte eine Note nach Washington, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland im günstigen Sinn zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß die größte Eile nottut, daß die Annahme der drückenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher mache. Die Gefahr anarchischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit den deutschen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könne.

*

Der Umschwung in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet, daß die maßgebenden politischen Kreise dem von der deutschen Volksregierung gewünschten Abschluß eines Präliminarfriedens nicht ablehnend gegenüberstehen. Trotzdem muß damit gerechnet werden, daß die Beschleunigung des Friedensschlusses sich nicht so ohne weiteres durchführen läßt, weil der zur Erörterung stehende Fragen-Komplex zu umfangreich ist. In diesem Fall ist eine Verlängerung der Waffenruhe zu erwarten, und zwar unter Bedingungen, die für Deutschland eine wesentliche Erleichterung der Lebensmittelversorgung bedeuten, da die Beibehaltung der Blockade nur für eine kurze, zeitlich begrenzte Frist vorgesehen ist. Die in Washington vertretene Anschauung, dem deutschen Volk durch Aufnahme der überseeischen Zufuhren die Lebenshaltung zu erleichtern und damit einer ernstesten Krise in der Versorgung vorzubeugen, gewinnt auch in Frankreich merklich an Boden, um so mehr, als die linksstehende Presse mit Nachdruck für eine tatkräftige Unterstützung Deutschlands eintritt. Aus Washington eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Vereinigten Staaten die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sofort erhöhen werden, sobald die bisher für Kriegstransporte benutzte Tonnage verfügbar ist. In Washington und Neuyork sind bereits Organisationen in Bildung begriffen, die die Ausfuhr nach Deutschland und die Verteilung unter die Bevölkerung regeln sollen. Eine Bevorzugung der Alliierten hinsichtlich der Lebensmittellieferungen aus Amerika soll nicht mehr erfolgen. Es wird sogar im Gegenteil mit einer verhältnismäßig starken Belieferung Deutschlands gerechnet, unter der Voraussetzung, daß die jetzt in deutschen Häfen liegenden Handelsschiffe für diese Zwecke verwendet werden.

Aus Paris wird weiter gemeldet: Um die vorläufigen Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, sind Balfour und Sonino, die Minister des Auswärtigen von England und Italien, heute in Paris angekommen. Lloyd George und Orlando werden in einigen Tagen dort erwartet.

Die neue Zeit.

Einführung des Achtstundentages in den deutschen Industrie-Betrieben.

Berlin, 15. November. Die Gewerkschaftsvorstände und fast alle Unternehmerverbände Deutschlands wollen heute eine Vereinbarung unterzeichnen, wonach von morgen an in sämtlichen Industriebetrieben Deutschlands der Achtstundentag eingeführt wird. Gleichzeitig verpflichten sich die Unternehmer, die Gewerkschaften als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter anzuerkennen, jede direkte oder indirekte Unterstützung der gelben Gewerkvereine zu unterlassen und in Zukunft nur noch die paritätisch gewählten Arbeitsnachweise zu benutzen. Die Kriegsbeschädigten erhalten das Recht auf Wiedereintritt in die Stellung, die sie vor dem Kriege inne gehabt haben, sofort nach Entlassung vom Militär. In allen Gewerben sollen die Löhne nur durch Tarifverträge geregelt werden. Arbeiterausschüsse sind in allen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern einzusetzen und zur Wahrung der Arbeiterinteressen im Betriebe befugt. Für die Lösung der übrigen Fragen, insbesondere die Beschäftigung der Schwer-Kriegsbeschädigten, wird eine Zentral-Kommission geschaffen, welche auch bei Lohnstreitigkeiten und sonstigen Differenzen, die mehrere Berufe umfassen, die Entscheidung haben soll und deren Entscheidung endgültig ist, wenn nicht binnen acht Tagen eine der beiden Parteien sie als unannehmbar erklärt. Die getroffenen Vereinbarungen treten sofort in Kraft. Diese Vereinbarungen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerverbänden sollen sinngemäß auch auf die Angestelltenverbände ausgedehnt werden.

Die Lebensmittelversorgung.

Wie eine Berliner Korrespondenz an zuständiger Stelle hört, sind die Verhandlungen über die für Deutschland benötigten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes jetzt abgeschlossen. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden: 75000 Tonnen Fette, 150000 Tonnen Fleisch und 230000 Tonnen Getreide. Der Plan der Entente, für die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte und der ganzen Welt deutsche Schiffe zu chartern, ist zur Zeit noch Gegenstand der Verhandlungen, da der Punkt der Waffenstillstandsbedingungen, der die Möglichkeit zuläßt, daß deutsche Schiffe gekapert werden können, einem solchen Plane entgegenstehen würde. Es ist für die nächste Zeit ein Schritt der deutschen Regierung zu erwarten, der um Aufhebung dieser Bestimmung ersucht. Die Vermittlung der Charterung wird sodann nicht das Demobilisierungsamt, sondern das Kriegsversorgungsamt in die Hand nehmen.

Die Soldaten für Einigkeit.

Donnerstag abend war eine Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte nach dem Reichstag einberufen.

Gleich der erste Punkt der Tagesordnung, „Bildung einer Roten Garde", führte zu lebhaften Debatten und auch zu Angriffen gegen den Vollzugsrat. Die Delegierten würden in der Bildung einer Roten Garde ein Mißtrauensvotum gegen den ehrlichen Willen der Soldaten, aus eigener Kraft heraus Ordnung zu halten, erblicken. Milius und Gelbert verteidigten den Gründungsbeschluß des Vollzugsrates. Die Rote Garde sei nur zum Schutz gegen Plünderungen usw. in Aussicht genommen gewesen.

Hierauf nahm Ebert das Wort. Er sagte u. a.: Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Etappe! Da hat sich vielfach eine Hast, schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Fristen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückflutende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet.

Die Neuordnung in Bayern.

Die bayerische Regierung erläßt nunmehr einen Aufruf an die industrielle gewerbliche Bevölkerung, wonach in allen Betrieben der Acht-Stunden-Tag ohne Einbuße an Lohn und Gehaltseinnahme durchgeführt werden muß. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen einen Aufruf zur Bildung einer Kunstkammer und eines Kunstparlaments. Der Rat geistiger Arbeiter in München ist nunmehr unter dem Vorsitz Brentanos gebildet worden. Der Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Verein hat sich korporativ angeschlossen. „Einem dringenden Bedürfnis entsprechend" hat sich eine Gruppe geistiger Arbeiter abgesondert und fordert zur Bildung eines besonderen geistigen Rates auf.

Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß uns schnellstens Lebensmittel aus Amerika

zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt und die Wirtschaftsversorgung nicht zu Schaden kommt.

Die Demokratie kann nur marschieren, wenn ihr Kopf unversehrt bleibt! Dann haben wir auch noch Aussicht, wenigstens einigermaßen günstige Friedensbedingungen durchzusetzen. Wenn der Gegner aber sieht, daß bei uns Anarchie herrscht, dann wird er uns Bedingungen diktieren, die das deutsche Wirtschaftsleben vollständig vernichten. Also auf zur gemeinsamen Arbeit für die Zukunft unseres Landes, unserer Frauen und Kinder! (Langanhaltender Beifall.)

Goehre stellte folgenden Antrag: „Die Vertreter der Groß-Berliner Garnison werden alle Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung fassen, um die Errungenschaft der sozialen Republik zu erhalten; dafür werden benötigt: eiserne und strafste Disziplin auf kameradschaftlicher Grundlage, Unterstellung unter den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates und der mit allen Vollmachten ausgestatteten Kommandantur." Dieser Antrag wurde ebenso einstimmig angenommen wie ein Antrag auf Erhöhung der Soldatenlöhnung.

In lebhafter Weise nahmen die vereinigten Soldatenräte Stellung gegen die Quertreibereien der Spartakusleute. Die Delegierten beschlossen einstimmig, im Wiederholungsfall ihr Hausrecht zu wahren und ungebetene Gäste vor die Tür zu setzen.

Branting für gerechten Frieden.

Genosse Branting, der von sechs Vertretern beider sozialdemokratischer Parteien um seine Vermittlung gebeten wurde, hat darauf dem Genossen Eduard Bernstein folgende Antwort zugehen lassen:

Werter Genosse! Das Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cachin und Vandervelde befördert worden mit besten Empfehlungen. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Ententeländern gegen eine erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands einsetzen wird. Heute melden Zeitungstelegramme, daß Wilson und sogar Clemenceau sich gegen jede unhumane Maßregel ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird diese versöhnliche Strömung noch mehr stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Rahmen der Demokratie auch gegen die verkleidete Tyrannei von unten klar und fest steuern werden!

Die französischen Gewerkschaften an das organisierte Proletariat.

Der Zentralausschuß der französischen Gewerkschaften hat einen Aufruf an das organisierte Proletariat erlassen, der mit einem Gruß an die deutsche Republik beginnt. Dieses weltgeschichtliche Ereignis muß, so fährt der Aufruf fort, mit dem Ende einer Herrschaft der Gewalt zusammenfallen und das Zeitalter der Versöhnung der Völker eröffnen. Die revolutionäre Tat des deutschen Volkes wirft der Arbeiterklasse in den Ländern der Entente ihre Haltung vor. Sie müssen heute noch mehr als gestern von ihren Regierungen verlangen, daß der Frieden auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker begründet wird. Der eroberungssüchtige Militarismus, die rohe Gewalt, ist endgültig niedergeworfen. Die Stunde der Erkenntnis hat geschlagen, so heißt es weiter. Das erste, was geschehen muß, ist volle und vollständige Amnestie für alle.

Humanite erscheint unter der Ueberschrift: „Waffen nieder, Bürger! Es lebe die Weltrepublik!" Cachin erklärt, er finde es besonders erfreulich, daß die Entente Deutschland sofort mit Lebensmitteln helfen wolle. Verdächtig sei jedoch der Artikel über die Räumungsbestimmungen für Westrußland und die Zusatzbestimmung der Alliierten über die Weichsel. In diesem sehe ich eine verkappte Intervention der Entente, gegen die mit aller Entschiedenheit protestiert werden müsse. Auch Populaire sieht eine Opposition der Arbeiterklassen der Entente gegen eine weitere militärische Aktion der Entente voraus.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 16. November.

An Lübecks Bevölkerung!

Die neue Zeit stellt auch unser Staatswesen vor neue Aufgaben. Das politische Leben der Stadt muß ohne Verzug auf eine so freiheitliche Grundlage gestellt werden, daß die verantwortungsvolle Mitarbeit aller Kreise in allen Organen der Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist. Jedermann ist berufen und verpflichtet, an der Neuordnung der Dinge mitzuwirken.

Heißen Dank schulden wir unseren heimkehrenden Kriegern. Unterkunft, Nahrung und Arbeit werden für sie beschafft werden. Der Bau neuer Wohnungen beginnt. Für Handel, Schiffahrt und Industrie sind bedeutende neue Anlagen beschlossen und bereits in der Ausführung, weitere in der Vorbereitung begriffen, die nicht minder reiche Arbeitsgelegenheit bieten werden. Die Fürsorge für Erwerbslose ist gesichert. Verzage keiner! Nimmermehr wollen wir den Mut sinken lassen. Lübeck darf an seine Zukunft glauben. Bleibt sich ein jeder seiner Verantwortung für das Gesamtwohl bewußt, dann können wir, auch Schwerstes überwindend, der neuen Zeit hoffnungsvoll entgegengehen.

Lübeck, 16. November 1918.

Der Senat
der freien und Hansestadt Lübeck.
Bürgermeister Dr. Fehling.

Uebergangszeit.

Noch stecken wir mitten im Herbst. Aber der Winter meldet sich bereits. Ein kalter Hauch durchfröstelt die Häuser. Wenn es auch der Sonne gelingt, nach den ersten morgendlichen Nebelstunden die Dunstschleier zu zerreißen und ein lächelndes Glänzen über die sterbende Natur zu gießen, ihr Licht macht nicht mehr warm, ihr Gold hat etwas Trügerisches. Nur für wenige Stunden vermag sie ihre Herrschaft zu halten, dann zwingen sie die Nebel aufs neue in ihren Dunstkreis. Grau und fahl liegt das Land da; eine kalte Feuchtigkeit rieselt unsichtbar und ein leiser Wind stöhnt und läßt die kahlen Ruten der Bäume zitternd hin und herschwenken.

Uebergangszeit ist es. Nicht nur Uebergang in der Natur. Auch für das große Weltgeschehen hat sich ein Uebergang vorbereitet. Schon stecken wir mitten drin. Müde sind die Waffen geworden. Der Tod hat sich satt getrunken am roten Herzblut der Menschen. Das letzte Röcheln will verstummen. Die Kanonen haben ausgesungen. Eine neue Weltordnung bereitet sich vor. Aus Pulverdampf und dem verschwelenden Rauch giftiger Gase steigt der erste Schimmer des erwachenden Friedens. Noch ist seine Lichtgestalt nicht zu erkennen. Aber sein Nahen macht sich der sehnsüchtig harrenden Welt verheißungsvoll bemerkbar.

Ein letztes Sonnenblinzeln überglänzt den sinkenden Tag. Durch einen Riß der wallenden Nebelschleier glüht die sich senkende Scheibe der Lichtspenderin. Der Wald steht still. Die Dächer eines Dorfes ducken sich in seinen Schutz. Die kahlen Aecker ruhen aus von sommerlicher Fruchtbarkeit. Hier und da raschelt noch ein welkes Blatt über den Weg. Keine Glocke klingt. Im Kriegslärm sind ihre tönenden Zungen stumm geworden. Rauh geht die Luft. Ganz fern klafft ein Hundebellen. Die Menschen haben Schutz in den Häusern gesucht, aus deren Schloten dünne, blaue Rauchfähnchen zu wirbeln beginnen. Der Tag löscht langsam aus. Noch ist die Nacht nicht gekommen. Aber der Mond steht bereits am östlichen Himmel. Seine weiße, schmale Sichel ruht scharf umrandet auf dem pastellblauen Sammet der sich leicht und rasch dunkler färbenden Himmelskugel, die sich über Krieg und Frieden wölbt.

Ein Arbeitsamt in Lübeck.

Die Schaffung eines Arbeitsamtes, dessen Aufgabe insbesondere die Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises, die Berufsberatung, die Förderung der Arbeitsbeschaffung, die Einrichtung einer Erwerbslosenfürsorge und die Fürsorge für Erwerbsbeschränkte sind, beantragte der Senat in einer Vorlage, die gestern dem Bürgerausschuß gutachtlich befürwortet wurde. Zunächst wird dafür die Summe von 150 000 Mark gefordert. Weiter soll ein leitender Fachbeamter mit einem Gehalt von 10 350 Mk. bis 13 800 Mk. jährlich angestellt werden. — Zugleich wurde die Schaffung eines Wohlfahrtsamtes, dessen Errichtung der Senat beantragte und das eine zweckdienliche Zusammenfassung aller Wohlfahrtseinrichtungen herbeiführen soll, befürwortet.

Die Aenderung der Wahl zum Senat

sowie die Frage der Zuständigkeit des Bürgerausschusses bezüglich der Vorschläge und Wahl der bürgerlichen Deputierten soll in einer

gemeinsamen Kommission, der fünf Senatoren und zehn bürgerliche Mitglieder angehören, beraten werden. Einem entsprechenden Senatsantrage stimmte gestern der Bürgerausschuß zu. Es ist zu erwarten, daß diese Kommission schnell arbeiten und den Wünschen der Demokratie entspricht. Zugleich wurde ein Antrag angenommen, die Neuwahl für die drei ausgeschiedenen Senatsmitglieder auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Winterversorgung mit Kartoffeln.

Für den Fall, daß die Winterversorgung mit Kartoffeln nicht bis Ende ds. Mts. vollständig durchgeführt werden kann, so wird durch eine Verlängerung der Fristen dafür gesorgt werden, daß die ermäßigten Preise auch noch weiter bestehen bleiben. Wer von vornherein beabsichtigt, Kartoffeln auch während des Winters wochweise zu beziehen, kann seine Kartoffelkarten schon jetzt in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13 I, gegen neue umtauschen.

Die Versorgung mit Gemüse. Am 7. November hielt die Freie Vereinigung der Kartoffel-, Obst- und Gemüsehändler Lübecks eine gutbesuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung standen als wichtigster Punkt die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle gemeinsam mit der Vereinigung aufgestellten Bedingungen, unter welchen die Ausgabe der von der gen. Stelle beschafften Waren an die Kleinhändler in Zukunft erfolgen soll. Von diesen Bedingungen, die im übrigen beiderseits anerkannt wurden, stieß die Verpflichtung, daß der Kleinhändler, alle von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle herangeschafften Waren, abnehmen sollte, auf Widerstand. In der sich hierüber entspinnenden Debatte wurde von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht, daß die Kleinhändler im Interesse der Volksernährung nicht zugeben könnten, daß diese Waren, die zeitweilig überreichlich für die hiesige Bevölkerung eintreffen, bei Ihnen verfaulen und somit der Volksernährung verloren gehen. Dieses trifft augenblicklich mit dem von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle herangeschafftem Weißkohl zu. Von dem Leiter der Landesstelle für Obst und Gemüse, welcher an dem letzten Teil der Versammlung teilnahm, wurde zugesagt, soviel es in seiner Möglichkeit liege, bei den maßgebenden Stellen dafür einzutreten, daß die überschüssigen Waren auf andere Art (Dörr- oder Sauerkohl) verwertet werden sollen und dadurch trotzdem der Lübecker Bevölkerung als Nahrungsmittel zugute kämen.

Entlassungsanzug und -Geld. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung: 1. Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidender Unteroffizier und Mann soll verabfolgt werden: a) unentgeltlich ein Entlassunganzug (soweit der Vorrat reicht) sonst Uniform. b) Ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mk. c) Als Marschgeld, soweit Marschgebührnisse zuständig sind, vom Truppenteil ein Pauschbetrag von 50 Mark. 2 Die Verabfolgung von 1b wird abhängig gemacht von der ordnungsmäßigen Entlassung. Dazu gehört a) die Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition, b) die Empfangnahme der Entlassungspapiere und c) die Anerkennung der Stammrolle.

Ausfallende Züge. Es fallen folgende Züge aus: vom Sonnabend, dem 16. November ab:

Nr. 339	ab	Kleinen	5,40,	an Stettin	1,20
„ 309	„	Neubrandenburg	2,4,	„ „	4.50
„ 346	„	Stettin	8,45,	„ Neubrandenbg.	11.37
„ 342	„	„	4,7,	„ Bützow	9,44

von Bützow bis Lübeck fällt dieser Zug schon aus.

Vom Sonntag, dem 17. November ab:

D 1/D 7	ab	Lübeck	9,45,	an Warnemünde	12,31
Nr. 25	„	Schwerin	10,30,	„ Wismar	11,21
„ 1002	„	„	2,10,	„ Görries	9,18
„ 1004	„	„	11,0,	„ „	11.7
„ 295	„	„	5.40,	„ Parchim	7,6
„ 151	„	Wismar	5.7,	„ Sternberg	6 51
„ 147	„	„	5,52,	„ Blankenburg	7.1
„ 129	„	„	8.4,	„ Rostock	10,11
„ 123	„	Doberan	9,58,	„ „	10,28
„ 163	„	Ludwigslust	5,26,	„ Parchim	6 9
„ 165	„	Dömitz	10,28,	„ Ludwigslust	11,20
„ 167	„	„	4 16,	„ Waren	9,46
„ 169	„	„	7,15,	„ Parchim	10 36
„ 58	„	Güstrow	6,55,	„ Karow	8.0
„ 62	„	Rostock	11.4,	„ Güstrow	11 59
„ 196	„	Gnoien	6,30,	„ Teterow	8.10
„ 72	„	Rostock	6,15,	„ Neustrelitz	9,30
„ 244	„	Warnemünd.	10,30,	„ Rostock	10,54
D 2/D 8	„	„	5,12,	„ Lübeck	8,0
Nr. 26	„	Wismar	10,25,	„ Ludwigslust	1,4
„ 1003	„	Görries	3,30,	„ Schwerin	3,38
„ 1005	„	„	11.12,	„ „	11.22
„ 296	„	Parchim	7,30,	„ „	9.2
„ 156	„	Sternberg	9,43,	„ Wismar	11.25
„ 126	„	Rostock	7,30,	„ „	9,45
„ 128	„	„	9,33,	„ Doberan	10.2
„ 160	„	Parchim	6,28,	„ Dömitz	9,25
„ 166	„	Waren	7,4,	„ Ludwigslust	10,20
„ 164	„	Ludwigslust	4 25,	„ Dömitz	5,23
„ 63	„	Karow	8,20,	„ Rostock	10 30
„ 197	„	Teterow	9,25,	„ Gnoien	11,2
„ 77	„	Neustrelitz	6,5,	„ Warnemünde	9 53

Ferner fallen aus alle bisher nur Mittwochs verkehrenden Züge. Folgende Zuge verkehren nur Montags, Mittwochs und Sonnabends:

214	ab	Triebsees	12 10,	an Rostock	1.42
215	„	Rostock	5,11,	„ Triebsees	6,45
224	„	Tessin	12.27,	„ Santz	12 45
225	„	Santz	5,56,	„ Tessin	6,14

Die verbleibenden Züge, die bisher nur Werktags verkehren, verkehren auch Sonntags.

Täglich wird befördert:

157 ab Wismar 3,23, an Blankenberg 4.23.

Abwasseruntersuchungen in lübeckischen Gewässern. In der Versammlung des „Vereins für volkstümliche Naturkunde" sprach der erste Vorsitzende, Herr Professor Dr. Steyer, an Stelle eines ausbleibenden Hamburger Herrn über „Abwasseruntersuchungen in lübeckischen Gewässern". Der Vortragende ging von der Verschmutzung der Gewässer aus, entwarf zunächst ein allgemeines Bild über die verschiedenen Abwässer, über die Folgen der Einflüsse und die Feststellung sowie Beseitigung dieser Schäden, um darauf auf die Verhältnisse in Lübeck näher einzugehen. Die Siele in Lübeck münden im Kanal bezw. in der Trave. Während aber z. B. in der Elbe bei Hamburg der starke Strom allen Unrat leicht wegträgt, bewirkt in der Trave zeitweise die Strömung eine Stauung der Abwässer. Dann können infolge des Sauerstoffmangels Fischsterben eintreten. Solche Fischsterben sind aber seltener. Ganz anders liegen für die Fischerei die Verhältnisse unterhalb des Hochofenwerkes. Leider muß zugegeben werden, daß die Fischerei dort sehr geschädigt wird, denn die ziemlich empfindlichen Seefische, namentlich Hering und Dorsch, sterben ab, sobald sie in die verschmutzten Zonen gelangen. Selbst der zähe Aal geht nicht selten zugrunde. Den Grad der Verschmutzung kann der Chemiker feststellen. Wichtiger ist aber die biologische Untersuchung, denn der Biologe kann durch Untersuchung der Bodenorganismen, in der Hauptsache der festsitzenden Lebewesen, nach nach Wochen und Monaten Schädigungen feststellen. Sehr wichtig ist die Untersuchung des Sauerstoffgehaltes. Der Vortragende führte eine solche vor und zeigte im Anschluß daran Präparate von sauerstoffbedürftigen Tieren aus dem Gebiete der Untertrave. Größtenteils handelte es sich um wichtige Fischnahrung. Ihr Absterben muß das Abwandern mancher Fische nach sich ziehen. Die Schädigung der Fischerei wird auch durch Kläranlagen nicht ganz aus der Welt geschafft werden können. Wohl aber können sie eine Besserung herbeiführen und eine noch weitere Ausbreitung des Schadens, der jetzt schon zeitweilig bis Travemünde reicht, verhindern. Reicher Beifall belohnte die interessanten Ausführungen des Redners. In der anschließenden Aussprache wurden manche Einzelheiten noch eingehender behandelt. Die Bildung einer „Gruppe für Aquariumkunde" wurde in die Wege geleitet.

Erleichterungen im Wertpaketverkehr. Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungsstoffen, Bindfaden, Siegellack usw., den Absendern vielfach nicht möglich gewesen, bei Postpaketen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den jetzigen hohen Preisen der Schadenersatz, der seitens der Postverwaltung auf Grund des Postgesetzes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sendungen zurück. In entgegenkommender Weise hat nun der Staatssekretär des Reichspostamts verfügt, daß vom 15. November ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mk. versuchsweise keine höheren Anforderungen an Verpackung und Verschluß zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mk. keine Versiegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absender möglich gemacht, Pakete im Werte bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Versicherungsgebühr von 10 Pfg. als Wertpakete aufzuliefern. Gehen derartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt oder beraubt, so wird bei der Ersatzleistung die Wertangabe zugrunde gelegt, sofern nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Falle wird nur der letztere ersetzt. **Aus Betriebsrücksichten ist bei Paketen bis 100 Mk. der Wert nur auf der gelben Paketkarte, nicht aber auf den Paketen selbst anzugeben.**

Behinderung der Ostseeschiffahrt. Wie gemeldet wird, sind jetzt deutsche Schiffe in der Ostsee, die sich auf der Reise nach Rußland befanden, von deutschen Wachtschiffen angehalten und aufgefordert worden, in deutsche Häfen zurückzukehren. Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man diese Maßnahme mit dem in den Waffenstillstandsbedingungen zugestandenen Recht der Kaperung in Zusammenhang bringt.

Ungebetene Gäste im Weinkeller. In der Nacht zum 14. ds. Mts. sind aus einem Lokal in Israelsdorf mittels Einbruches aus einem Weinkeller für ungefähr 5000 Mark Rum, Arrak und Portwein gestohlen worden.

Was man lesen soll. Eine Erzählung, in der der schalkhafte Humor Peter Roseggers schlagend zur Geltung kommt, wird jetzt in der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden" abgedruckt. „Der Hinterschöpp" oder die Geschichte dreier zweifelhafter Personen, so hat der Dichter seine Erzählung benannt. Sie handelt von einem Manne, der das Soldatenleben fürchtete und deshalb unter falschem Namen lebt; ferner von seinem Jungen, den er aus gleichem Grunde als Mädel aufwachsen läßt, und einem Hausierer, der ein gar seltsamer Spitzbube ist. „In Freien Stunden" kann bei jeder Partei-Buchhandlung bestellt werden, die auch gern ein Ansichtsheft liefert. Unsere Leser sollten von diesem Angebot Gebrauch machen.

Theater für die Jugend. Jeden Sonntag nachmittag hat sich das Puppentheater im Marmorsaal für unsere Jugend glänzend bewährt. Die Kleinen und auch die Großen finden Gefallen an den reizenden Aufführungen, die uns bisher die besten Märchen aus der Kindergeit gebracht. Die Direktion ist bestrebt, nur das Beste zu bieten und ist darum der Unterstützung des Publikums gewiß. Am Sonntag ist wieder eine Neueinstudierung „Däumling und der Menschenfresser", und wird gewiß wieder viel Interesse erwecken.

Abendheim für Frauen. Der Vorstand des Tagesheims für Schulkinder, Königstraße 97, stellt von Montag ab seine Räumlichkeiten für die Abendstunden von 6½ bis 9½ Uhr den Frauen zur Verfügung, die daheim aus Mangel an Beleuchtungs- und Heizungsmitteln im Dunkeln und Kalten sitzen müssen und infolgedessen ihre Flick- und Näharbeiten nicht verrichten können. Es steht in dem Abendheim den Frauen eine Nähmaschine zur Verfügung, auch ist für Papier und sonstiges Schreibgerät gesorgt. Die hiesigen Tageszeitungen sowie Zeitschriften liegen dort aus. Der Besuch steht den Frauen aller Bevölkerungsklassen offen und ist für sie mit keinen Kosten verbunden. Wünsche der Teilnehmerinnen betreffend die weitere Ausgestaltung des Abendheims sind an die aufsichtführenden Damen zu richten, etwaige Beschwerden an den Vorsitzenden, Herrn Pastor Denker, Mengstraße 8. Sicherlich wird diese neue Einrichtung dankbar begrüßt werden, insonderheit von solchen, die bisher ganz allein jeden Abend im Dunkeln saßen.

Hamburg. Ein Denunziant. Im Hamburger Arbeiterrat wurde folgendes im Generalkommando beschlagnahmtes Aktenstück vorgelegt: „Stellvertr. Generalkommando IX. A. K. Altona, 7. Februar 1917. Rittmeister Mehrkorn teilt der Abwehrabteilung durch Fernsprecher mit:: Der Gewerkschaftsführer Koch vom Deutschen Metallarbeiterverband Hamburg, Besenbinderhof 57 (Telephongr. 6 Nr. 4424) hat einen gewissen Lauffenberg verdächtigt. Lauffenberg liegt z. Z. im Lazarett in Wandsbek, seine Privatwohnung befindet sich in Alt-Rahlstedt. Er halte anscheinend geheime Zusammenkünfte ab. Er gehöre zu den Allerradikalsten, zu der sogenannten Spartakusgruppe. Näheres wäre durch Koch zu erfahren. Koch bittet dringend, seinen Namen nicht preiszugeben. Zufall, Oberwachtmeister, Abwehrabteilung. gez. Kluth, Hauptmann." Die Verlesung dieses Schreibens wurde im Hamburger Arbeiterrat mit lebhaften Pfuirufen begleitet. Wir stimmen in diesen Pfuirufen ein. Mit einem Menschen, der denunziert, will und kann die ganze deutsche Arbeiterbewegung nichts mehr zu tun haben. Der Denunziant ist und bleibt für sie der größte Lump im ganzen Land. — Standrechtlich erschossen wurden, wie der Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, verschiedene Personen, die beim Plündern überrascht wurden. Das möge Plünderungslustigen zur Warnung dienen.

Altona. Zur Verstärkung des Altonaer Magistrats wird uns noch gemeldet: Als kommissarische Senatoren sind die bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Genossen Brauer, Kirch, Sievert und Stoll in den Magistrat eingetreten. Der sozialdemokratische Senator Thomas ist zum Beigeordneten des Oberbürgermeisters bestimmt worden. Von den kommissarischen Senatoren wird Stoll der Direktion des Lebensmittelamtes, Kirch dem Polizeichef beigeordnet, während Brauer mit den Leitungen der städtischen Betriebe zusammenarbeiten, Sievert vorwiegend soziale Angelegenheiten behandeln soll.

Neumünster. Großfeuer. Der gesamte Besitz des Hufners Blumenthal, früher Hans Bülck, ist ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer hat im Pferdestall seinen Anfang genommen und in einer Stunde sämtliche weich gedeckten Gebäude in Asche gelegt. In den Flammen sind zwei Pferde und eine Kuh umgekommen. Weiter ist sämtliches Inventar und die Ernte sowie das Mobiliar verbrannt.

Sonderburg. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am hiesigen Hafen. Ein Flugzeug, das mit einem Führer, einem Beobachter und einem Beauftragten des Soldatenrates benannt war, wurde von einem Motorboot auf die Reede geschleppt und stieg dort auf. Um die Höhe zu gewinnen, wollte es eine Schleifenfahrt über der Stadt machen. In Höhe des Staatsbahnhofes versagte anscheinend der Motor, und das Flugzeug versuchte im Gleitflug auf den Sund niederzugehen. Dabei streifte es den Mast des Regierungsdampfers „Sperber". Eine Tragfläche wurde hierbei beschädigt. Das Flugzeug stieß ferner den Fernsprecherpfahl bei der Bussardbrücke um und stürzte auf den Kran. Einer der Insassen wollte hinausspringen, blieb aber am Flugzeug hängen. Das Flugzeug überschlug sich und fiel auf die Bemannung. Dabei ereignete sich eine Explosion. Mit haushoher Flamme verbrannte der Benzinvorrat. Von den Insassen konnten nur die verkohlten Reste geborgen werden. Sie wurden nach der Leichenhalle des Marinelazaretts gebracht. Die Verunglückten sind die Flieger Ulrich und Handrie und ein Mitglied des Soldatenrates, Weiß.

Fehmarn. Unbefugt. Zu erregten Vorkommnissen ist es auf unserer Insel, namentlich in der Stadt Burg gekommen. Es erschien eine Abordnung von vier Mann auf dem Rathause in Burg, die sich als Abordnung des Soldatenrates in Kiel ausgab und mit der Behörde in Unterhandlungen trat. Diese Abordnung beschlagnahmte Pferde und Wagen und verübte auch sonstige Gewalttaten. Durch Funkspruch aufmerksam gemacht, erschien bald eine mit Ausweispapieren versehene Abordnung des Kieler Soldatenrats und ließ die vier Mann festnehmen; sie wurden nach Burgstaaken und von da mittels Schiff nach Heiligenhafen und weiter nach Kiel befördert.

Schwerin. Die Unabhängigen lehnen den Eintritt in das Volksministerium ab. Wie aus den Veröffentlichungen des Ministeriums bekannt ist, war ein Ministersitz für die Unabhängigen Sozialdemokraten freigehalten worden. Dieser Platz wurde dem Abgeordneten Herzfeld angeboten. Die „Mecklenburgische Volkszeitung" berichtet, daß Dr. Herzfeld für sich und für die Unabhängige sozialdemokratische Partei abgelehnt hat.

Bremen. Weiterbestand Bremens als Staat. Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt, daß nach der Auflösung von Senat und Bürgerschaft Bremen als Staat und Träger für vermögensrechtliche Pflichten bestehen bleibt, bis über die weitere Gestaltung des Reiches entschieden ist. Weiter wird mitgeteilt, daß ein Teil des Senats seine Arbeit auch weiterhin zur Verfügung gestellt hat.

Theater und Musik.

Stadttheater. König Grisehaar, eine Ballade in drei Akten von Otto Anthes. Der Dichter, unser Lübecker Landsmann, bezeichnet sein Werk selbst als Ballade und deutet damit an, daß König Grisehaar nicht reich an Handlung ist, sondern mehr eine dichterische Schilderung seelischer Vorgänge sein soll. Lange Zwiegespräche, die gewiß manchen tieferen Gedanken bringen, bilden den Hauptbestandteil des durchweg in schöner Form gehaltenen, oft packenden Stückes. König Grisehaar, ein nordischer Recke mit grauem Haar, hat Freite, ein junges schönes Weib, gefreit. Sie hat stets mit Verehrung zu ihm aufgeblickt und liebt ihn trotz seines gebleichten Haares. Er, der ruhelos in den Kampf um Beute auszog und viel erlebt und genossen hatte, zweifelt, daß Freite seiner selbst willen Königin wurde. Dieser Zweifel, der ihn zermartert, bewegt ihn, dessen beste Manneskraft dahin, in der Hochzeitsnacht seinen jungen Neffen Abel in das Schlafgemach zu senden und zugleich beide mit dem Tode zu bedrohen für den Frevel, den sie begehen würden. Aber die beiden, die schwere innere Kämpfe zu bestehen haben, umarmen sich nicht. Dennoch lügt Freite dem Könige vor, daß sie mit Abel vereint gewesen sei. Sie tut das, um Grisehaar zu reizen, daß er sie töte, weil sie des Lebens müde ist und beim König kein Verständnis für ihre Gefühle findet. Jedoch Grisehaar, der empfindet, daß Jugend zur Jugend und nicht zum Alter gehört, erhebt das Schwert gegen sich selbst und stirbt. Zurück bleiben Freite und Abel. Instinktiv empfindet man, daß Anthes die Tragik dieses Geschehens, dieses Zweifels des älteren Mannes an der Liebe des schönen jugendlichen Mädchens innerlich erlebt hat. Und von innen heraus hat er den etwas spröden Stoff gestaltet.

Auf die Wiedergabe war unter Neubauers verständnisvoller Leitung viel Fleiß verwandt worden. Auch die Bühnenbilder waren herb und doch stimmungsvoll, wie es das Werk verlangt. Den König Grisehaar gab Herr Kroug in sorgfältiger Herausarbeitung der verschiedenen Züge im Wesen dieses seltenen Mannes. In Sprache und Geberde kam alles sicher und wirksam zum Ausdruck. Mit inniger Empfindung, lieblich und leidenschaftlich, verkörperte Fräul. Eicke die Freite. Gute Leistungen waren der Kanzler des Herrn Puendter und mit einigem Abstand davon der Abel des Herrn Schnakenbek, der noch nicht für jede Regung der Seele den rechten Ton findet. Erwähnung verdient noch ein schwermütiges von Kapellmeister Wegler mit feiner Kunst komponiertes Lied. Das Publikum bereitete dem „König Grisehaar" eine freundliche Aufnahme und rief den Dichter wiederholt.

„Der Waffenschmied", eine der köstlichsten Opern Lortzings, deren einfach-schöne Melodien so recht aus dem Born des Volksempfindens geschöpft sind und deren Handlung dem kleinbürgerlichen Volksleben, dem es nicht an Humor gebricht, entnommen ist, ging gestern vor vollem Hause in Szene. Die Aufführung war etwas nüchtern, ihr fehlte der recht wärmende Frohsinn. Darunter litten die sonst gar nicht üblen Leistungen der Herren Joslewitz (Stadinger), Pfeiffer (Georg) und Riba (Lübenau) sowie die Irmentraut des Frl. Sonnenberg. Die anmutige, stimmfrische Marie des Frl. Gander, der ergötzliche schwäbische Ritter des Herrn Ludewigs und der gut gezeichnete Brenner des Herrn Obermeier standen am rechten Platze. Die von Herrn Kapellmeister Schwarz dirigierte und von Herrn Ludewigs geschickt inszenierte Vorstellung fand am Schluß reichen Beifall. P. L.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag tritt nicht mehr zusammen.

Berlin, 16. November. (Amtlich.) Reichstagspräsident Fehrenbach telegraphierte an die Reichsleitung: „Gedenkt die Reichsleitung gegen die vielfach angeregte Einberufung des Reichstages am Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben; eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?" Das Kabinett erwide[illegible] Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institu[illegible] des deutschen Kaisertums wie auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der im Jahre 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.

Ebert. Haase.

Zur Ablieferung der U-Boote.

Wilhelmshaven, 16. Nov. In einer Versammlung der U-Boot-Besatzungen wurde die Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt, daß die gesamten Mannschaften der U-Boot-Flottille sich der ernsten Lage des Volkes bewußt sind. Nachdem sie heldenmütig in Not und Entbehrungen für ihr Vaterland gekämpft haben, werden sie auch im letzten und schwersten Dienste des Vaterlandes nicht versagen. Sie werden sämtliche U-Boote dahin bringen, wohin sie Befehl erhalten. Wir setzen volles Vertrauen in unseren Soldatenrat und werden seinen Anordnungen voll und ganz Folge leisten. Ferner liegen hier zahlreiche freiwillige Meldungen zur Besetzung der Kieler U-Boote vor, sowie daß im Falle der Not ein Teil der Kieler U-Boote von hier besetzt werden kann.

Der Soldatenrat der U-Boot-Flottille.

Der Admiral der Vaterlandspartei geflohen.

Frankfurt a. M., 16. November. Die „Frankfurter Zeitung" berichtet: Der Großadmiral von Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist war, ist in der Schweiz angekommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den [illegible] übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Was wir wollen!

Der unterzeichnete **Rat der vereinigten Berufe** vertritt einen großen Teil der Lübecker Bürger. Ihm gehören insbesondere an:

die Arbeitgeber im Gewerbe und der Landwirtschaft, die Leiter und der überwiegende Teil der Angestellten der kaufmännischen und gewerblichen Betriebe, sowie der Eisenbahn, die Erzieher der Jugend, die Geistlichen, die Aerzte, die Anwälte, Apotheker, Architekten, Ingenieure und diejenigen, denen als Beamte die Verwaltung der Staatseinrichtungen und die Rechtsprechung in unserem auf republikanischer Grundlage aufgebauten Gemeinwesen obliegt.

Ohne die schaffende Kraft dieser Berufe kann unser Gemeinwesen nicht bestehen.

Der Soldatenrat hat die militärische Macht in Händen. In diese mischen wir uns nicht ein. Wir wollen sein ein Bürgerrat mit gleichen Rechten und Pflichten wie der Arbeiterrat.

Was wir wollen, ist: Den Soldaten- und Arbeiterrat und die Behörden darin zu stützen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird und die Verwaltung ungestört weiterarbeiten kann.

Was wir wollen, ist: Mitzuhelfen, daß die Zufuhren und die Verteilung der verfügbaren Lebensmittel in Lübeck nicht gefährdet werden und daß die zwischen dem Soldaten- und Arbeiterrat und den Zivilbehörden getroffene Vereinbarung, wonach ersterem allein die Sorge für die Ernährung der Soldaten, den Zivilbehörden dagegen die Sorge für die Ernährung der Zivilbevölkerung obliegt, restlos durchgeführt wird.

Was wir wollen, ist: Mitzuhelfen, daß die zurückkehrenden Krieger unserer Stadt Wohnung, Arbeit und Verdienst finden.

Was wir wollen, ist: Daß den Kriegsverletzten und den Witwen und Waisen der Krieger neben einer angemessenen Rente eine auskömmliche Fürsorge zuteil wird.

Was wir wollen, ist: Mitzuhelfen, daß die sozialen Einrichtungen auf allen Gebieten gefördert und ausgebaut werden.

Was wir wollen, ist: Mitzuhelfen, daß Rohstoffe und Betriebsmittel, die notwendig sind für die Ernährung des Volkes und für die Aufrechterhaltung der gewerblichen Betriebe, baldmöglichst herangeschafft werden.

Was wir wollen, ist: Mitzuhelfen, daß Handel, Schiffahrt und Gewerbe wiederum aufblühen, daß der gewerbliche Mittelstand sich wieder aufrichten kann, daß jeder Arbeitgeber in der Lage ist, seinen Angestellten und Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu zahlen, und daß die hohen Kulturwerte und geistigen Errungenschaften unserem Volke nicht verloren gehen.

Der an unser Gemeinwesen nach dieser Richtung hin herantretenden dringenden Aufgaben sind so viele, daß nur durch das Zusammenwirken aller diesem Zwecke dienenden Organisationen Ersprießliches geschaffen werden kann.

Wir erheben den Anspruch, daß wir bei diesen Fragen, soweit sie den Soldaten- und Arbeiterrat beschäftigen und sich zu Maßnahmen vorübergehender oder dauernder Art verdichten, schon jetzt mitraten und mittaten. (21519

Rat der vereinigten Berufe.

Der Arbeitsausschuß:

H. Ambrosius. H. Esebenburg. Dr. H. Görtz. W. Köster. F. C. Lauenstein. Dr. M. Neumark. C. Pauels. W. Plauthafer. H. Rosenquist. v. Schack. M. Schiemann. G. Thode.

Der Hauptausschuß:

O. Albers. J. J. P. Bade. E. Boie. Professor Breinig. A. Bruns. H. Bülow. E. Conradi. Präses Dimpker. W. Eder. F. Gojardt. F. Hoth. G. Huth. Th. Janssen. R. Kähler. A. Kempper. J. Klöcking. H. Kruse. E. Kruse. O. Kuhlmann. J. Lange. Rat Dr. Link. P. Luhr. W. Mangels. H. Martens. W. Molge. H. Nolte. P. Olters. A. Pape. F. Paetau. R. Peckelhoff. J. Reimpell. G. Scharff. Th. Schneider. A. Schramm. C. Schröder. J. Schwabroch. H. Thiel. W. Torkuhl.

Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck.

Preiswertes
aus unserer Putz-Abteilung!

Preiswerte Damenhüte
in neuen, kleidsamen Formen

Filzhüte . .	8.95	5.75	Plume-Hüte . .	35.00	18.50
Samthüte .	12.00	8.50	Velour-Hüte. .	28.50	19.75
Haarfilz-Hüte .	25.00	16.50	Wetter-Hüte . .	16.50	11.00

Garnierte Damen-Hüte
in bekannt schöner Ausführung
38.00 26.00 20.00 16.50 12.00 8.50
Kinderhüte und -Hauben sehr billig.

Preiswerte
Feder-Rüschen u. -Kragen
aus Marabu und Strauß in neuen, aparten Farben
32.00 26.00 21.50 18.75 15.00 7.50
Elegante Fantasie-Rüschen . . 3.95

Moderne
Tüll- und Spitzen-Rüschen
in entzückender Ausführung.

Billige Spielwaren
Ausstellung im II. u. III. Stock.

Alle
Möbel
Gut bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
Einzelmöbel — Kleinmöbel
Betten und Matratzen
führen wir sehr preiswert.
Bei Bedarf
empfiehlt es sich vorerst
unsere
Läger zu besichtigen
und unsere wirklich
billigen Preise
in Erwägung zu ziehen.
Holstenhaus
G. m. b. H.
Lübeck, Holstenstr.

Zigarren Zigarretten
in vorzüglichen
Qualitäten.
HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK.

Achtung! Ohne Marken! Achtung!
Empfehle als Ersatz für fleischlose Tage und Wochen täglich frisch die beste reine, tierärztlich untersuchte
ff. Mettwurst
ff. Leberwurst
ff. Wiener Würstchen
hergestellt von Kaninchenfleisch!
Ein Versuch überzeugt jeden von der Schmackhaftigkeit der Ware
Ernst Mitzlaff, Versandhandlung,
Königstr. 38, gegenüber dem Katharineum. Fernsprecher 2023

Trauerfeier halber
bleibt mein Geschäft am
Montag, 18. November
bis **12 Uhr** geschlossen.
Adolf Wichmann,
Beckergrube 56-58. (5682

FETTE
für Stiefel sollten jetzt in keinem Haushalt fehlen. Wöchentliche Schmierung garantiert 3fache Haltbarkeit. Garantiert gute säurefreie Fette preiswert bei
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung.
5690

Patent-Matratzen
en gros und en detail
jedes Maß in kürzester Zeit
liefert **Gebrüder Hoff**, (5697
Lübeck, Untertrave 111/112.

General-Versammlung
der
Lübecker Vereinsbrauerei
e. G. m. b. H.
am Donnerstag, dem 21. November 1918
nachmittags 4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Abrechnung.
3. Wahlen: a) Vorstand, b) Aufsichtsrat.

Nr. 270
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonnabend,
den 16. November 1918

Die ersten Gesetze der Deutschen Republik.

Durch die Bestimmungen, die von der Reichsregierung mit Gesetzeskraft erlassen worden sind, ist neues Recht geschaffen. Durch sie ist der Grundstein der neuen freiheitlichen Verfassung gelegt.

Die Reichsregierung hat sich zunächst als diejenige Zentralbehörde konstituiert, die Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann. Da Deutschösterreich seinen Anschluß an das Reich erklärt hat, gelten die Bestimmungen sinngemäß auch für diese neue Bundesrepublik.

Die Reichsregierung bringt in ihrem Aufruf zum Ausdruck, daß sie die ungeheuere Macht, die in ihre Hände gelegt ist und die die Befugnisse des früheren Reichstages und des früheren Bundesrats umfaßt, nur als eine vorläufige betrachtet. Sie kündigt eine konstituierende Versammlung des ganzen deutschen Volkes an, die nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre gewählt werden wird. Auch alle anderen Wahlen sollen sich nach diesem Wahlrecht vollziehen.

Damit ist ausgesprochen, daß die Deutsche Republik gesetzmäßig nicht auf die russische Sowjetverfassung, sondern auf die Demokratie im Sinne unseres sozialdemokratischen Erfurter Programms zusteuert. Eine Aenderung dieses Kurses könnte nur gegen das Gesetz durch Gewaltanwendung bewirkt werden.

Die Wahlen zu den russischen Sowjets sind nicht allgemein. Die Wahl des Zentralsowjet erfolgt durch die lokalen Sowjets, also nicht direkt, sondern indirekt. Die Gleichheit des Wahlrechts wird nicht annähernd in dem Maße erreicht, wie das bei Kreiswahlen mit Verhältnissystem erreicht wird. Schließlich entbehrt das Wahlverfahren aller Garantien des Geheimnisses und damit der Freiheit, wie sie schon im alten deutschen Reichswahlgesetz von der Sozialdemokratie durchgesetzt waren.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist also mit der Sowjetverfassung unvereinbar.

Die Theorie, auf die sich die Sowjetverfassung gründet, ist das Geschwisterkind der alldeutschen Gewalttheorie. Ihre Grundsätze wendet sie auf die innere Politik an. Macht ist Recht! Wir sind die Sieger, wir befehlen! Im Gegensatz dazu erklärt die Reichsregierung ganz im Sinne des Erfurter Programms: Wohl haben wir die Gewalt, aber wir benützen sie nur dazu, gerechtes Recht zu schaffen. Wir haben gesiegt, aber wir haben nicht für uns, sondern für das ganze Volk gesiegt! Für uns heißt es darum nicht: „Die ganze Macht den Sowjets", sondern „Die ganze Macht dem ganzen Volke".

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter- und Soldatenräte überall im Reich mit der Reichsleitung eines Sinnes sind. Sie sehen ihre weltgeschichtliche Mission darin, das ganze Volk aus einem Zustande der Unfreiheit in den der Freiheit, des wahren Selbstbestimmungsrechts, hinüberzuführen. Darin wird sich ihre Aufgabe erschöpfen — es gibt keine schönere —, das wird ihr unvergänglicher Ruhm sein.

Seit vier Jahren ist es der Wunsch der Soldaten, nicht mehr Soldaten zu sein, sondern zu ihrem bürgerlichen Beruf ins Volk zurückzukehren. Dieser Wunsch wird sich jetzt sehr rasch erfüllen. Mit dem Militarismus und dem Krieg wird auch das Militär verschwinden, wenn auch, mangels anderer Bekleidung, der feldgraue Rock noch lange seine Rolle im Straßenbild spielen wird. Die Soldaten wollen nicht als solche, sondern als Volksgenossen am öffentlichen Leben Anteil nehmen. Als Genossen werden sie sich mit gleichen Rechten wie alle anderen an der Wahl der Volksvertretung für die Gemeinden, den Staat und das Reich beteiligen.

Die Arbeiter aber haben stets erklärt, daß sie genau dasselbe fordern, was durch das Gesetz der Reichsleitung verwirklicht ist. Ihre Vertreter sind in viel tausend Reden, in viel tausend Aufrufen und Zeitungsartikeln dafür eingetreten, und sie selbst haben in den Wahlrechtskämpfen vergangener Jahre ihr Blut dafür vergossen. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sitzt in den Köpfen der deutschen Proletarier fest, und sie werden es am Tage nach ihrem Sieg nicht zum alten Eisen werfen wollen.

Also für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, für die konstituierende Versammlung des ganzen Volkes, für die neue Reichsleitung, stets zu ihrer Unterstützung, zu ihrem Schutze gegen jeden Gewaltstreich, das muß jetzt unsere Parole sein.

Freiheit der Meinungsäußerung, des Vereins- und Versammlungswesens, der Religionsübung, der Koalition bildet den weiteren Inhalt der neuen Gesetze. Auch er steht in wohltuendem Gegensatz zu dem, was jetzt leider in Rußland als Recht gilt, nicht zum Ruhm der dort herrschenden Bolschewiki. Wir suchen unsere Ehre darin, auch dem Gegner innerhalb wie außerhalb der sozialistischen Bewegung volle Freiheit zu lassen, während sich in Rußland nicht nur bürgerliche, sondern auch sozialistische Politiker menschewistischer Richtung massenhaft in Schutzhaft befinden. Das ist bei uns nicht möglich, denn der Belagerungszustand ist abgeschafft.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist abgeschafft, nur die Schlichtungseinrichtungen bleiben bestehen. Sehr begreiflicherweise, denn das Hilfsdienstgesetz suchte einem Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, während wir für die nächste Zeit eher mit einem Ueberangebot zu rechnen haben. Die Arbeiterschutzbestimmungen treten wieder in Kraft. Das Ausnahmerecht für die Landarbeiter wird abgeschafft, dadurch wird Tausenden, die aus dem Felde heimkehren, Gelegenheit gegeben, eine Arbeit anzunehmen, vor der sie sonst zurückgeschreckt wären, es werden auf dem Lande ebenso freie Arbeiter sein wie in der Stadt.

Da ein Termin für das Inkrafttreten der neuen Gesetze nicht angegeben ist, gilt als solcher der Tag der Verkündigung.

An die eigentlichen Gesetze schließt sich dann die Ankündigung weiterer gesetzlicher Bestimmungen sozialpolitischen Inhalts an. Sie haben vorläufig, als bloße Ankündigungen keinerlei Rechtskraft. Es steht auch noch nicht fest, ob die Regierung diese neuen Gesetze aus eigenem verkünden oder als Vorlagen bei der noch zu wählenden allgemeinen Vertretung des Volkes einbringen wird.

Die Regierung der Republik Preußen stellt sich in ihrem soeben erlassenen Aufruf grundsätzlich auf genau denselben Standpunkt, wie die Reichsregierung. Sie handelt schon als ihr vollziehendes Organ, indem sie eine verfassunggebende Versammlung für Preußen und die Erneuerung aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften in demokratischem Sinne ankündigt. Im übrigen ist ihr Anfang nicht Gesetz, sondern Programm, ein Programm, das die Größe der zu lösenden Aufgabe zeigt.

Die Regierungen im Reich und in Preußen haben ihre Tätigkeit konsequent im Sinne des sozialdemokratischen Programms begonnen. Alle, die auf demselben Boden stehen, müssen sie darin unterstützen und dafür eintreten, daß sie durch keine Gewalt von dem betretenen richtigen Wege abgedrängt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zusammenschluß der liberalen Parteien.

Die führenden Mitglieder der Hauptvorstände und der Fraktionen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei einigten sich am 15. November auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zu der Nationalversammlung. Sie setzten einen Ausschuß ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch den Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll.

Nationalliberal und Demokratie — wie reimt sich das zusammen?

Holland.

Die Lage in Holland. Hollandsch Nieuwsbureau meldet: „Aus allen Großstädten Hollands kommen Nachrichten über sozialistische und revolutionäre Versammlungen, die den Massenstreik wünschen. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung gefallen. Man nimmt an, daß, falls die Wünsche der sozialistischen Arbeiterpartei, die im Parlament von Troelstra vorgetragen worden sind, nicht genehmigt werden, am Montag der Massenstreik proklamiert wird. Inzwischen fand in Amsterdam eine Versammlung der revolutionären Sozialisten statt. Es wurde dort von einem geheimen Komitee beschlossen, die Kavallerielkaserne zu stürmen, um sich Waffen zu besorgen. Der Plan wurde aber bekannt, so daß Maßnahmen getroffen werden konnten. Alle Versuche, die Posten von der Kaserne zu entfernen, wurden vereitelt. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Ueberall in Amsterdam und im Haag ist der Verkauf von alkoholischen Getränken verboten. In Rotterdam, wo seit längerer Zeit die Baracken für verhaftete Personen zu klein waren und man infolgedessen die Verhafteten zum Teil auf Schiffen untergebracht hatte, wurden diese in der Nacht in Brand gesteckt. Der Schaden konnte noch nicht festgestellt werden. Von revolutionärer Seite ist auch der Versuch gemacht worden, den Eisenbahnverkehr stillzulegen. Im Süden des Landes hat sich eine weiße Garde gebildet.

Um gegen revolutionäre Aufstände gewappnet zu sein, bereiten sich jetzt im ganzen Lande Organisationen vor, welche die Gemeindeverwaltungen schützen sollen. Im Süden des Landes hat die Bewaffnung der Bauern mit Gewehren und Karabinern begonnen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein Bruch in der sozialistischen Partei wegen der Revolutionspläne nicht ausgeschlossen ist. Es heißt, daß die Hälfte der sozialistischen Kammermitglieder abgeneigt ist, ihre Wünsche, wenn es nicht durchaus notwendig ist, mit Gewalt durchzuführen. Als Führer dieser Gruppe wird wahrscheinlich der sozialistische Senator Polak, Präsident des Bundes der Diamantarbeiter, angesehen werden. In einer Versammlung führte Polak aus, die sozialistischen Arbeiter wünschten keinen Bolschewismus und keine Diktatur nach russischem Muster. „Wir brauchen in Holland keine Arbeiter- und Soldatenräte", sagte er, „denn wir besitzen eine eigene kräftige Organisation, um unsere Politik durchführen zu können. Das russische Proletariat verschmachtet in den Häusern der Bourgeoisie, die sie genommen haben. So etwas kann und darf in Holland nicht passieren."

Haag, 15. November. Es hat sich im allgemeinen hier eine Entspannung der Lage vollzogen. Troelstras Erklärung in der Kammer, daß er nicht auf eine Revolution hinsteuere und keinen Staatsstreich unternehmen wolle, hat wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Man glaubt, daß die Regierung heute mittag in der zweiten Kammer eine Erklärung abgeben und Reformen ankünden wird. Wahrscheinlich wird diese Erklärung auf dem sozialdemokratische Kongreß, der heute und Sonntag tagt, eine wesentliche Rolle spielen.

Die Könige und Gott.

Ueber den Verbleib der Monarchen von gestern ist man nicht ganz klar, der Fürst von Lippe und der Herzog von Anhalt sind dem Beispiel der gewesenen Kollegen gefolgt. Der Bayernkönig ist überhaupt nicht aufzufinden, der frühere Kronprinz von Preußen soll noch beim Heere sitzen. Andere Gerüchte behaupten, er sei bei dem Ueberschreiten der Grenze ertappt und im Streit getötet worden. Das wird ebenso wenig richtig sein, als die anderen Erzählungen. Hindenburg fordert die Armeen zu planmäßiger Auflösung auf und warnt vor dem planlosen Fortlaufen, das bei den Millionen zur Katastrophe führen müßte, da Eisenbahnen, Nahrungsmittel und alles übrige versagen würden. Um die Sorge, die in den nächsten Wochen am lautesten an die Türe pocht, zu mildern und auch den Bauern ihre Verwaltung zu geben, fordert die Regierung zur Gründung von Bauernräten auf. Sie haben sicher eine Zukunft und werden später einmal Pflanzstätten bäuerlich-selbständiger Gesinnung werden, die sich davon frei weiß, im Gefolge des bevorzugten Großgrundbesitzes zu marschieren.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

53. Fortsetzung.

Der Wagen hielt, und der Chauffeur öffnete ihm die Tür. Reisner sprang ab, leicht, froh lächelnd. Er eilte das Haus hinauf und gab Prokop, der ihm etwas sagen wollte, das Zeichen, sich zu entfernen.

Und er stürzte in sein Zimmer . . .

Die Dämmerung schickte sich eben an, in Finsternis überzugehen. Reisner trat eilig an seinen Schreibtisch, um dort das elektrische Licht einzuschalten.

Da hörte er ein Geräusch und stutzte. „Ist jemand hier?" fragte er.

Dort, wo die Chaiselongue stand, richtete sich eine Gestalt auf, langsam und schweigend. Reisner erkannte nur die dunklen Umrisse eines Mannes. Noch immer zögerte er, Licht zu machen. „Ist jemand hier?„ fragte er noch einmal.

„Ja," sagte eine Stimme.

Reisner zog die Hand, die nach dem Schalter gegriffen hatte, wieder zurück. Wo hatte er doch diese Stimme schon gehört? Er wurde mit einem Male unruhig, eine wilde Verzweiflung bohrte sich in ihn ein, dieselbe, die ihn während der Heimfahrt gewürgt hatte, nur dumpfer, unbestimmter, angstvoller. „Wer ist da?" fragte er gepreßten Tones.

„Hermann Reisner — ich!"

„Wer?" fragte Reisner und hielt sich am Schreibtisch krampfhaft fest.

„Dein Freund, Hermann Reisner, dein alter Freund — kennst du ihn nicht mehr?"

Die Stimme klang scharf, durchdringend und doch kalt, so als käme sie von einem Toten.

Sehe ich Gespenster? dachte Reisner und zerrte an seinem Hemdkragen. „So nennen Sie doch Ihren Namen," sagte er stockend.

„Meinen Namen? Passen Sie auf, Hermann Reisner passen Sie gut auf! Ich bin — —"

„Wer?"

„Herbert Behrens!"

Das war kein Schreck, der Reisner packte, das war eine Lähmung. Er wollte reden, aber die Stimme versagte ihm, und so machte er nur seltsame Bewegungen mit dem Munde. Und die Beine zitterten ihm, er war so entsetzlich müde.

Wo war doch ein Stuhl? Da . . . Er packte ihn und wäre beinahe über ihn gefallen. Endlich saß er. Er fühlte der Schweiß, der ihm aus allen Poren des Körpers brach. So, das war also die Stunde, da dieser ferne Gläubiger kam, um mit ihm zu reden! . . .

„Sagen Sie nichts, Hermann Reisner?" fragte die Stimme.

Es ist ein böser Tag, dachte Reisner matt, er will mich fressen. Er sperrt den Rachen auf und will mich verschlingen. Gibt es keine Rettung? Nein. Was kann ich noch tun? Was zu tun bleibt mir noch übrig?

Da rührte sich wieder jener Gedanke, der sich in dem obersten Gebälk seines Gehirns versteckt hatte, meckerte leise und sagte: Wieso? Du einen Federstrich und du hast wieder Geld und Bewegungsfreiheit und bist mächtig! Du hast die Schlinge um den Hals liegen und kannst sie noch zerschneiden! Du hast keine Wahl! Bist du verrückt? Was zögerst du noch?

Aber es geht schlimm aus, antwortete Reisner, ich weiß es, daß es schlimm ausgeht . . .

Mag es! Du hast keine Wahl! Wenn man im Sterben liegt, mißt man die Zukunft nicht nach Jahren, nicht nach Monaten, nicht nach Wochen, — nur nach Tagen, nach Stunden, nach Minuten! Jede Minute, die du gewinnst, darfst du leben! Und bleibt dir, du Dummkopf, nicht auch noch die Flucht?

Gott, dachte Reisner und stöhnte heimlich, das ist doch gar nicht mein eigener Gedanke, der da zu mir spricht, — es ist jener Alte, jener Alte aus Hamburg und Meran, der sicher schon längst tot ist und der mich mit seiner Bosheit noch über das Grab hinaus verfolgt!

„Hermann Reisner, wer hilft dir?" fragte laut und kalt die andere Stimme.

Niemand, dachte Reisner, wenn ich mir nicht selber helfe, — und das tue ich, ja, das tue ich jetzt!

Laut aber fragte er: „Was wollen Sie von mir?"

„Ich will einem Begräbnis zuschauen," antwortete Behrens, „Ihrem Begräbnis, Hermann Reisner, denn ich bin eigens hierher gekommen, um Sie zu bestatten!"

„Sie kommen zu früh," sagte Reisner, „ich bin noch nicht tot." —

„Aber Sie liegen im Sterben."

Reisner lachte und sein Lachen war schattenhaft und krank. „Man hat schon manchen totgesagt, und — — —

— — er ist dennoch gestorben! . . . Wer soll Ihnen helfen?"

Reisner schwieg.

„Ich könnte Ihnen helfen, ich allein. Aber ich tue es nicht. Daß ich es nicht tue, das ist meine Rache."

„Lieber stürbe ich, als daß ich Ihre Hilfe annähme," sagte Reisner.

„Falsch! Sie gäben sogar die Frau an mich zurück, die Sie mir gestohlen haben, wenn ich mich entschlösse, Ihnen zu helfen!"

Reisner gab es einen Ruck. Hatte er recht gehört? Eine eiserne Hand griff nach seinem Herzen und preßte es zusammen. Seltsam, daß er in diesen Stunden noch gar nicht an seine Frau gedacht hatte, die er, wie er mit einem Male mit herber Süße fühlte, unermeßlich liebte. Und dieser Mensch — —

„Wie?" würgte er.

„Ja," sagte Behrens, „Sie träten mir sogar gern Ihre Frau ab, wenn ich es verlangte."

Reisner sprang auf und machte eine hilflose Bewegung mit den Armen. „Sie Schuft!" schrie er, von der Ahnung eines Furchtbaren gepackt, erstickt aus.

Behrens aber fragte ihn kalt: „Wer ist ein größerer Schurke? Der, der einem Wehrlosen eine Frau nimmt, oder der, der das einem antut, der sich wehren kann?"

„Sie ist mir freiwillig gefolgt," sagte Reisner schattenhaft.

„Sie wird auch mir freiwillig folgen."

„Nie, nie . . ."

„Noch mehr: Sie selbst werden sie auffordern, mir zu folgen!"

„Gehen Sie," ächzte Reisner, „gehen Sie . . ."

Jedoch der andere war ohne Mitleid. Spöttisch malte er die Situation aus, in der sich Reisner befand.

Reisner schauderte. Dieser Mensch kannte alle Einzelheiten, nur der letzte Wurf, den Reisner zu machen gedachte, war ihm unbekannt.

„Sie sind arm," sagte Behrens trocken, „bettelarm. Von alledem, was Sie umgibt, wird in einigen Tagen nichts mehr Ihnen gehören. Was wollen Sie tun? Kommis werden? Ihre Gefängnisstrafe wird Ihnen sehr hinderlich sein. Wollen Sie Lebensversicherungen abschließen oder Vertreter von Wein- und Zigarrenhäusern werden? Sie sind schon recht alt, alt und verbraucht. Viel Elend erwartet Sie. Und nicht nur Sie. Auch Ihr Kind, auch Ihre Frau. Haben Sie nicht auch deren Vermögen gestohlen, wie das so vieler anderer? Welche Namen soll ich Ihnen nennen? Es gibt so viele. Alle verwünschen Sie. Alle sind bereit, sich an Ihnen zu rächen. Erinnern Sie sich noch eines Mannes namens Gutzeit? Er hat sich erhängt. Und seine Frau ist schwindsüchtig geworden, während seine Kinder irgendwo dem Laster zutreiben. Sehen Sie nachts nicht die Gesichter dieser Leute? Und können Sie noch schlafen? Werden Sie überhaupt je wieder ruhig schlafen können?"

Reisner hörte die Anklage und schwieg.

Ja, es war die Wahrheit. Und doch war es wieder nicht die Wahrheit. Alles war verkehrt, verdreht. War er der Angreifer gewesen? Nein, nein! Ihn hatte man angegriffen, ins Gefängnis geworfen, weil er irrsinnig gewesen war, und ihn hatte man, als er aus dem Gefängnis kam, verachtet. Nur, daß er diese Verachtung nicht erst abgewartet, sondern sich sogleich mit vornhinein sich gegen sie zur Wehre gesetzt hatte. Durfte er sich etwa nicht wehren? Es war sein Recht, sich zu wehren! Und er tat es, tat es, bis zur letzten Minute! — Fortsetzung folgt.

Damit aber der großen Zeit das Satirspiel nicht fehle, sei daran erinnert: Als die deutschen Monarchen von Gottes Gnaden von ihren Thronen fielen, beantragte der Herr Lloyd George in England, das Parlament möge sich vertagen, damit man in die Kirche gehen und Gott danken könne für die Errettung aus großer Gefahr. Und es geschah also: Börsenjobber und Großkapitalisten, Lords und Gemeine zogen hin und dankten Gott für die Niederwerfung der Deutschen und ihrer Könige. Was mag der im Himmel dazu gesagt haben? Wir erinnern uns an die pastoralen Vorträge: „Ist Gott neutral?" I wo, antworteten die Herren, wo wird denn Gott neutral sein, er ist natürlich mit uns! Nun danken ihm die „frommen" Engländer.

Aus Nah und Fern.

Sieben Personen ermordet. In Kefermarkt bei Freistadt wurden einem Telegramm aus Linz zufolge von einer auf einem Gute lebenden achtköpfigen Familie sieben Mitglieder ermordet. Von den Mördern, denen größere Geldbeträge in die Hände fielen, fehlt jede Spur.

Ein Minenopfer. Der als Minensucher im Golf von Alexandrette verwendete Fischdampfer „Pavet" lief am 5. November auf eine Mine und flog in die Luft. Vier Matrosen werden vermißt.

Heiteres.

Weltfremd. Polizist: „Sie haben sofort erkannt, daß es sich bei dem Fremden um den entsprungenen Gefangenen handelte?" — Zigarrenhändler: „Selbstverständlich! Er kam in den Laden und verlangte eine Zigarre zu fünf Pfennig!"

Anzeige. Junger Mann sucht Teilhaber zum Kauf einer Zigarre. Brief unter „Zug um Zug" befördert die Expedition.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bitte ausschneiden!

Fahrplan der Lübecker Straßenbahn.

Vorübergehend gültig ab 15. November 1918.

Bemerkungen: Die Zeiten von 6^{00} abends bis 5^{59} morgens sind durch unterstrichene Minutenziffern gekennzeichnet.
W = Werktags.

Linie 1. Roeckstrasse—Ratzeburger Allee.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Roeckstraße: W. 5^{20} (fährt über Bahnhof nach Schwartauer Allee, hat Anschluß an die Züge 6^{03} nach Hamburg und 6^{12} nach Berlin), 6^{15}, 6^{35}, 6^{55}, 7^{15}, 7^{35}, 7^{45}, 7^{55}, 8^{15} und weiter alle 20 Minuten bis 7^{55}.

Ab Ratzeburger Allee: 6^{46}, 7^{06}, 7^{26}, 7^{46}, 8^{06}, 8^{16}, 8^{26}, 8^{46} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{26}.

Linie 2. Israelsdorfer Allee—Kronsforder Allee.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Kirchhof: 6^{45}, 7^{05}, 7^{25}, 7^{45}, 8^{05}. und weiter alle 20 Minuten bis 7^{45}.

Ab Krankenhaus: 7^{16}, 7^{36}, 7^{56}, 8^{16}, 8^{36} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{16}.

Linie 3. Marli—Krempelsdorf.

(5 Zonen, Fahrzeit 34 Minuten.)

Ab Marli: 5^{23} (hat Anschluß an die Züge 6^{03} nach Hamburg und 6^{12} nach Berlin), 6^{03}, 6^{23}, 6^{43}, 7^{03}, 7^{23}, 7^{43} und weiter alle 20 Minuten bis 7^{43}.

Ab Krempelsdorf: 6^{14}, 6^{44}, 7^{04}, 7^{24}, 7^{44}, 8^{04} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{24}.

Linie 4. Schwartauer Allee—Kronsforder Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten.)

Ab Schwartauer Allee: 7^{12}, 7^{32}, 7^{42}*, 7^{52}, 8^{12} 8^{32} und weiter alle 20 Minuten bis 7^{52}, ferner 8^{12}**, 8^{32}**

* Nur bis Kohlmarkt.
** Ueber Kohlmarkt nach Wagenhalle Finkenstraße.

Ab Krankenhaus: 6^{46}, 7^{06}, 7^{26}, 7^{46} 8^{06}, 8^{26} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{06}, 8^{26}**.

Linie 6. Kirchhof (Israelsdorfer Allee)—Bahnhof.

(3 Zonen, Fahrzeit 17 Minuten.)

Ab Kirchhof: 6^{55}, 7^{25}, 7^{35}, 8^{05}, 8^{15}, 8^{35}, und weiter alle 20 Minuten bis 7^{35}.

Ab Bahnhof: 7^{15}, 7^{56}, 8^{07}, 8^{27}, 8^{47}, 9^{07}, und weiter alle 20 Minuten bis 7^{27}; 7^{47}*, 8^{07}*, 8^{27}*.

* Fahren nach Wagenhalle Roeckstraße.

Linie 7. Geibelplatz—Bahnhof bleibt bis auf weiteres eingestellt.

Linie 8. Markt—Moislinger Allee wird bis auf weiteres eingestellt.

Linie 9. Markt—Moislinger Baum.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Markt: W 5^{23}, 6^{41}, 7^{01}, 7^{21}, 8^{01} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{21}.

Ab Moislinger Baum: W 5^{20} (hat Anschluß am Lindenplatz an den Wagen 5^{23} von Marli nach Krempelsdorf und an den Wagen 5^{20} von Roeckstraße nach Schwartauer Allee), 6^{50}, 6^{50}, 7^{10}, 7^{30} und weiter alle 20 Minuten bis 7^{50}, 8^{10}*, 8^{30}*, 8^{50}*.

* Fahren nach Wagenhalle Finkenstraße.

Linie 10. Markt—Vorwerker Friedhof.

(4 Zonen, Fahrzeit 20 Minuten.)

Ab Markt: 7^{00}, 8^{00}, 9^{00}, 10^{00}, 11^{00}, 12^{00}, 1^{00}, 1^{20}, 1^{40}, 2^{00}, 2^{20}, 2^{40} und weiter alle 20 Minuten bis 4^{40}.

Ab Vorwerker Friedhof: 7^{30}, 8^{30}, 9^{30}, 10^{30}, 11^{30}, 12^{30}, 12^{50}, 1^{30}, 1^{40}, 2^{00}, 2^{20}, 2^{40}, 3^{00} und weiter alle 20 Minuten bis 5^{20}.

Linie 11. Kohlmarkt—Hansastrasse.

(2 Zonen, Fahrzeit 10 Minuten.)

Ab Kohlmarkt: 6^{50}, 7^{00}*, 7^{10}, 7^{20}*, 7^{30}, 7^{40}*, 7^{50}, 8^{00}* und weiter alle 10 Minuten bis 8^{40}*.

* Fahren nur bis Bahnhof.

Ab Hansastraße: 7^{10}, 7^{30}, 7^{50}, 8^{10} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{50}.

Ab Bahnhof: 7^{15}, 7^{25}, 7^{35}, 7^{45} und weiter alle 10 Minuten bis 8^{55}.

Linie 12. Lübeck—Schwartau.

(6 Zonen, Fahrzeit 28 Minuten.)

Ab Markt in Lübeck: W 4^{45}, W 5^{25}, 5^{55}, W 6^{20}, W 6^{40}, 7^{00}, 7^{20} 7^{40} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{00}.

Ab Markt in Schwartau: W 5^{18}, W 5^{58}, 6^{26}, W 6^{56}, W 7^{16}, 7^{36}, 7^{56}, 8^{16} und weiter alle 20 Minuten bis 8^{36}.

Linie 13. Marli—Geibelplatz bleibt bis auf weiteres eingestellt.

Linie 14. Geibelplatz—Kücknitz.

(8 Zonen, Fahrzeit 33 Minuten.)

Ab Geibelplatz . .	4^{50}	5^{27}	6^{37}	7^{37}	8^{07}	8^{47}	9^{27}	10^{07}	10^{47}	11^{27}	12^{07}	12^{47}	1^{27}	2^{07}	2^{47}	3^{27}	4^{07}	4^{47}	5^{27}	6^{07}	6^{47}	7^{27}	8^{07}	
Forsthalle	5^{07}	6^{14}	6^{44}	7^{44}	8^{24}	9^{04}	9^{44}	10^{24}	11^{04}	11^{44}	12^{24}	1^{04}	1^{44}	2^{24}	3^{04}	3^{44}	4^{24}	5^{04}	5^{44}	6^{24}	7^{04}	7^{44}	8^{24}	
An Kücknitz . . .	5^{22}	6^{25}	7^{00}	8^{00}	8^{40}	9^{20}	10^{00}	10^{40}	11^{20}	12^{00}	12^{40}	1^{20}	2^{00}	2^{40}	3^{20}	4^{00}	4^{40}	5^{20}	6^{00}	6^{40}	7^{20}	8^{00}	8^{40}	
Ab Kücknitz . . .	5^{32}	6^{30}	7^{05}	8^{05}	8^{45}	9^{25}	10^{05}	10^{45}	11^{25}	12^{05}	12^{45}	1^{25}	2^{05}	2^{45}	3^{25}	4^{05}	4^{45}	5^{25}	6^{05}	6^{45}	7^{25}	8^{05}	8^{45}	
Forsthalle	5^{45}	6^{44}	7^{22}	8^{22}	9^{02}	9^{42}	10^{22}	11^{02}	11^{42}	12^{22}	1^{02}	1^{42}	2^{22}	3^{02}	3^{42}	4^{22}	5^{02}	5^{42}	6^{22}	7^{02}	7^{42}	8^{22}	9^{02}	
An Geibelplatz . .	6^{03}	7^{03}	7^{39}	8^{39}	9^{19}	9^{59}	10^{39}	11^{19}	11^{59}	12^{39}	1^{19}	1^{59}	2^{39}	3^{19}	3^{59}	4^{39}	5^{19}	5^{59}	6^{39}	7^{19}	7^{59}	8^{39}*	9^{19}**	

* Fährt 8^{42} ab Geibelplatz nach Roeckstraße. ** Fährt 9^{22} ab Geibelplatz nach Roeckstraße.

Linie 15. Geibelplatz—Sehlutup.

(7 Zonen, Fahrzeit 30 Minuten.)

	W																							
Ab Geibelplatz . .	4^{47}	5^{27}	6^{37}	7^{07}	7^{47}	8^{27}	9^{07}	9^{47}	10^{27}	11^{07}	11^{47}	12^{27}	1^{07}	1^{47}	2^{27}	3^{07}	3^{47}	4^{27}	5^{07}	5^{47}	6^{27}	7^{07}	7^{47}	
Forsthalle	4^{47}	5^{44}	6^{44}	7^{24}	8^{04}	8^{44}	9^{24}	10^{04}	10^{44}	11^{24}	12^{04}	12^{44}	1^{24}	2^{04}	2^{44}	3^{24}	4^{04}	4^{44}	5^{24}	6^{04}	6^{44}	7^{24}	8^{04}	
An Schlutup . . .	5^{00}	6^{07}	6^{37}	7^{17}	8^{17}	8^{57}	9^{37}	10^{17}	10^{57}	11^{37}	12^{17}	12^{57}	1^{37}	2^{17}	2^{57}	3^{37}	4^{17}	4^{57}	5^{37}	6^{17}	6^{57}	7^{37}	8^{17}	
Ab Schlutup . . .	5^{02}	6^{30}	7^{00}	7^{40}	8^{20}	9^{00}	9^{40}	10^{20}	11^{00}	11^{40}	12^{20}	1^{00}	1^{40}	2^{20}	3^{00}	3^{40}	4^{20}	5^{00}	5^{40}	6^{20}	7^{00}	7^{40}	8^{20}	
Forsthalle	5^{15}	6^{18}	7^{18}	7^{58}	8^{38}	9^{18}	10^{18}	10^{58}	11^{38}	12^{18}	12^{58}	1^{38}	2^{18}	2^{58}	3^{38}	4^{18}	4^{58}	5^{38}	6^{18}	6^{58}	7^{38}	8^{18}*	8^{58}**	
An Geibelplatz . .	5^{22}	7^{00}	7^{30}	8^{10}	8^{50}	9^{30}	10^{10}	10^{50}	11^{30}	12^{10}	12^{50}	1^{30}	2^{10}	2^{50}	3^{30}	4^{10}	4^{50}	5^{30}	6^{10}	6^{50}	7^{30}	8^{10}*	8^{50}**	

* Fährt 8^{22} ab Geibelplatz nach Roeckstraße. ** Fährt 9^{02} ab Geibelplatz nach Roeckstraße. 5724

Bekanntmachung.

Es wird darüber geklagt, daß Militärpersonen oder Personen in Militäruniform in Lebensmittelgeschäften die **kostenlose** Verabfolgung von Lebensmitteln oft unter Drohungen und unter Berufung auf eine Anweisung des Soldaten- und Arbeiter-Rates verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, daß niemand befugt ist, ein derartiges Verlangen zu stellen, und daß der Soldaten- und Arbeiter-Rat solche Ermächtigungen nicht erteilt.

Den Gewerbetreibenden wird aufgegeben, in diesen Fällen die Abgabe der Ware zu verweigern und den Soldaten-Rat telephonisch (F. 710) sofort zu benachrichtigen, damit die Festnahme und strenge Bestrafung dieser Personen erfolgen kann.

Lübeck, den 15. November 1918. (5715

Das Polizeiamt. Der Soldaten- und Arbeiter-Rat.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Behörden nach wie vor aufrecht erhalten bleibt.

Insbesondere sind alle Strafanzeigen wie bisher bei den Schutzmannsposten, den Polizeiwachen oder der Kriminalpolizei anzubringen, die gegebenenfalls vom Militär unterstützt werden.

Lübeck, den 15. November 1918. (5718

Das Polizeiamt. Der Soldaten und Arbeiter-Rat.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt wird in der Folgezeit regelmäßige Besprechungen über einschlägige Fragen mit dem Soldaten- und Arbeiter-Rat (Vertreter Zeitz, Mehrlein, Stelling) abhalten.

Lübeck, den 15. November 1918. (5714

Das Polizeiamt. Der Soldaten- und Arbeiter-Rat.

An die Bevölkerung Lübecks.

Bei der bevorstehenden Rückkehr der Soldaten in die bürgerlichen Verhältnisse bereitet die Frage der Versorgung dieser Leute mit Kleidung große Schwierigkeiten. Die Bestände der hiesigen Altbekleidungsstelle sind vergriffen, und die von der Reichsbekleidungsstelle in Aussicht gestellten Ueberweisungen sind noch nicht eingetroffen und werden voraussichtlich nicht ausreichen, um die große Nachfrage zu befriedigen. Unter diesen Umständen ist es dringend notwendig, daß auch fernerhin Kleidungsstücke an die Altbekleidungsstelle abgeliefert werden. In erster Linie kommt es darauf an, Arbeitskleidung zu beschaffen. Bei der Durchsicht der Kleiderschränke wird sich noch manches Kleidungsstück finden lassen, welches für den Besitzer entbehrlich ist, und welches durch die Altbekleidungsstelle nach Instandsetzung wieder verwendet werden kann, es werden daher auch zerrissene oder sonst beschädigte Kleidungsstücke angenommen. Es ergeht an die Bevölkerung Lübecks erneut die dringende Aufforderung, möglichst bald noch alle entbehrlichen Kleidungsstücke an die Altbekleidungsstelle, Weberstraße 1, abzuliefern. Für die abgelieferten Stücke wird eine angemessene Entschädigung bezahlt.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die ausreichende Versorgung der zurückkehrenden Soldaten mit Kleidung zur ruhigen Weiterentwicklung der Verhältnisse wesentlich beiträgt.

Lübeck, den 15. November 1918. (5715

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Ausfall der Lieferung von Fleisch und Fleischwaren in den fleischlosen Wochen.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 in der durch die Verordnungen vom 2. Mai und 2. Oktober 1917 abgeänderten Fassung und auf Grund der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts über die Ausgestaltung der Fleischkarte und die Festsetzung der Verbrauchshöchstmenge an Fleisch und Fleischwaren vom 21. August 1916, sowie des Beschlusses der Reichsfleischstelle vom 6. Oktober 1918 verordnet das Polizeiamt:

I.

In den Wochen vom **18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember** und **6. bis 12. Januar 1919** dürfen Fleisch und Fleischwaren weder von Verbraucher bezogen, noch an Verbraucher abgegeben werden. **Der für die Woche vom 18. bis 24. November 1918 bestimmte Abschnitt 4 der Fleischkarte wird für ungültig erklärt.** In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, in Pensionaten, Vereins- und Erholungsheimen dürfen in der angegebenen Zeit Fleisch und Fleischwaren ebenfalls nicht verabfolgt werden. Dies gilt auch für Fleischvorräte, die sich bereits im Besitz der Schlachtereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionate, Vereins- und Erholungsheime befinden.

Auf die auf Grund ärztlichen Attestes gewährten Fleisch**zulagen** der **Kranken** und auf die Fleisch**zulagen** der **Schwerstarbeiter** findet die vorgeschriebene Einschränkung keine Anwendung. Die **Fleischzulagen der Kranken und der Schwerstarbeiter sind für die Woche vom 18. bis 24. November 1918 bei dem Schlachtermeister Wilh. Rahlff, Holstenstraße 3, zu entnehmen.**

Die Zulage für Schwerstarbeiter wird in Gestalt von Frischwurst gewährt.

II.

Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt oder wer es unternimmt, Fleisch oder Fleischwaren sich oder einem anderen entgegen den getroffenen Vorschriften zu verschaffen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können Fleisch und Fleischwaren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen und ohne Bezahlung für den Staat verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 15. November 1918. (5719

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Beurlaubte auswärtiger Garnisonen, der Feldtruppenteile, sowie Angehörige der hiesigen Lazarette und Genesungskompanien, die im diesseitigen Garnisonbereich in Arbeit treten wollen oder getreten sind, haben sich eine Arbeitsbescheinigung bezw. Arbeitskarte durch den Oeffentlichen Arbeitsnachweis, Marlesgrube 27, unter Vorlage ihres Urlaubsscheines zu besorgen.

Mannschaften der hiesigen Garnison, ausschließlich Lazarette und Genesungskompanien, haben sich unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 13. ds. Mts. an ihre Kompanie zu wenden.

Lübeck, den 14. November 1918. (5691

Der Soldatenrat.

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Die Paßvorschriften für den Besuch von Travemünde und die Ostseebäder, sowie die Verfügung, daß für Reisen nach dem Inland Ausweise des S.- u. A.-Rates nötig sind, werden hiermit aufgehoben.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.
5737) F. A.: H. Zeitz. F. A.: Rockstien.

Warenausgabe

in der Woche vom 18. bis 24. November 1918.

1. **Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.**

Butter:	Abschnitt 52	30 Gramm	Butter zum Preise von 28 Pfg.
Speisefett:	„ 52	35 Gramm	Margarine zum Preise von 16 Pfg.
Zucker:	„ 68-73	je 125 Gramm Zucker.	
Mühlenfabrikate:	„ 64	100 gr Weizengrieß zum Preise von 48 Pfg. für ½ kg.	
Kaffee-Ersatz	„ 25	250 gr Kaffee-Ersatz je nach Vorrat, zu den Höchstpreisen.	

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind die Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren **nur** in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. **Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 18. bis 24. November 1918.**

Ganze Wochenmenge	30 Gramm Butter, 35 Gramm Margarine, 125 Gramm Zucker 125 Gramm Marmelade, 100 Gramm Weizengrieß 250 Gramm Kaffee-Ersatz auf Warenkarte 100.
Halbe „	15 Gramm Butter, 15 Gramm Margarine, 75 Gramm Zucker, 125 Gramm Marmelade, 50 Gramm Weizengrieß, 125 Gramm Kaffee-Ersatz auf Warenkarte 100.

Die Waren sind in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. **Auf die Fettzusatzkarten für Schwerstarbeiter.** Abschnitt 78: 60 Gramm Margarine zum Preise von 27 Pfg.

4. **Auf Butterbezugshefte:** 13/15 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 6 Teile in Butter und 7 Teile in Margarine.

Lübeck, den 15. November 1918. (5716

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt der Ausschuß für Kriegshilfe hierdurch:

I.

Vom **18. bis 24. November ds. Js.** dürfen auf **Abschnitt 10** der **Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln** entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann auch bei den Kartoffelerzeugern und bei den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte geschehen.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 16. November 1918. (5736

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend Ausgabe von Zwiebackkarten.

Die Ausgabe von Zwiebackkarten erfolgt

für Travemünde am Montag, dem 18. November, von 9—1 und 3—5 Uhr **in der Behörde für Travemünde, für Schlutup am Montag, dem 18. November,** von 9—11½ und 2½—5 Uhr **in der Kartenausgabestelle in Schlutup.**

Für das übrige Staatsgebiet und Personen, welche den Ausgabetag versäumt haben, werden die Zwiebackkarten vom Dienstag, dem 19. November ab in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, ausgegeben.

Geburtsausweis, sowie Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind mitzubringen.

Lübeck, den 15. November 1918. (5717

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Milch.

Auf Grund des § 15 der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 verordnet das Polizeiamt:

Die §§ 7 und 14 der Bekanntmachung betreffend den Verkehr mit Milch vom 20. November 1917 erhalten folgende Fassung:

§ 7.

Soweit erforderlich nimmt das Polizeiamt eine den allgemeinen Versorgungsinteressen entsprechende Verteilung der Kunden auf die einzelnen Kundenlisten vor.

Der auf der Milchausweiskarte angegebene Lieferant ist verpflichtet den Inhaber der Ausweiskarte mit Milch zu beliefern. Bei Streitigkeiten, die zwischen Lieferanten und Verbrauchern bezüglich der Belieferung entstehen, entscheidet das Polizeiamt endgültig. Der Lieferant darf die Belieferung nicht eigenmächtig einstellen, er hat sie solange fortzusetzen, bis das Polizeiamt entschieden hat.

§ 14.

Reicht die vorhandene Milch zur vollen Versorgung der Bevölkerung nicht aus, so kann durch das Polizeiamt entweder die an die einzelnen Verbraucher abzugebende Höchstmenge entsprechend verringert oder eine andere Verteilungsart vorgeschrieben werden. Solange eine derartige Anordnung nicht erfolgt, haben die Milchlieferanten die Milch so zu verteilen, daß eine gleichmäßige Berücksichtigung ihrer Kunden gesichert ist.

Lübeck, den 15. November 1918. (5720

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8 (2) der Hafen- und Revierordnung vom 17. August 1914 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen am Freitag dem 13. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfinden.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurz gefaßten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 6. Dezember d. Js. schriftlich an das Bauamt einzureichen.

Zugelassen wird nur, wer das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrage als angestellter Schiffsführer mindestens dreimal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Beistande eines Lotsen befahren hat und Reichsdeutscher ist.

Lübeck, den 14. November 1918. 5629

Die Baubehörde.

Ausgabe von Brennstoffkarten.

(Siehe Verordnung über die Brennstoffversorgung der Kleingewerbe, Landwirtschaft und Haushalte vom 11. April 1918 Gesetz- und Verordnungsblatt.)

I.

Die Brennstoffkarten **M, N, O, P** für die Bewohner des Stadtgemeindebezirks kommen in der nächsten Woche zur Ausgabe.

1. In der Börse (Rathaus) werden die Karten ausgegeben in den Stunden von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr:
   a) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben A bis F am Montag, dem 18. November 1918,
   b) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben G bis L am Dienstag, dem 19. November 1918,
   c) für die Straßen der inneren Stadt mit den Anfangsbuchstaben M bis Z am Donnerstag, dem 21. November 1918,
   d) für die Vorstadt St. Gertrud am Freitag, dem 22. November 1918,
   e) für die Vorstadt St. Jürgen, sowie Israelsdorf, Gothmund und Brandenbaum am Sonnabend, dem 23. November 1918,
   f) für die Vorstadt St. Lorenz-Nord, sowie Krempelsdorf und Vorwerk am Montag, dem 25. November 1918,
   g) für die Vorstadt St. Lorenz-Süd am Dienstag, dem 26. November 1918.
2. In Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde werden an denselben Tagen und zu denselben Stunden die Karten für Travemünde und Gneversdorf ausgegeben.
3. bei den Polizeibezirken:
   a) Dänischburg,
   b) Schlutup,
   c) Kücknitz,
   d) Moisling

werden die Karten während der üblichen Geschäftsstunden jeweils für den Dienstbezirk ausgegeben

am Sonnabend, dem 23. November 1918,
sowie am Montag und Dienstag darauf.

II.

Der Lebensmittelausweis des Haushaltungsvorstandes ist mitzubringen.

Nicht rechtzeitige Abholung hat die Versagung der Brennstoffkarte zur Folge. Wird nachgewiesen, daß die Versäumung nicht auf Verschulden beruht, so kann die Karte von der Ortskohlenstelle nachträglich gegen eine Gebühr von 50 Pfennig erteilt werden.

Über den Zeitpunkt der Verwendbarkeit der Karten ergehen besondere Bekanntmachungen.

Lübeck, den 14. November 1918. 5721

Das Polizeiamt.

Einschränkung des Wasserverbrauchs.

Der Wasserverbrauch hat in letzter Zeit derart zugenommen daß im Interesse der Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebes des Wasserwerks eine Einschränkung unbedingt erforderlich wird. Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat werden vorerst die nachstehenden Bekanntmachungen des Polizeiamts und der Betriebsbehörde vom 24. April ds. Js. in Erinnerung gebracht.

Lübeck, den 15. November 1918. (5708

Die Betriebsbehörde.

Verbrauch von Leitungswasser.

Zur Sicherstellung einer geregelten Versorgung mit Leitungswasser wird verordnet:

§ 1.

Für nachfolgende Zwecke darf städtisches Leitungswasser nicht entnommen werden:

1. die laufende Spülung von Wäsche,
2. die laufende Spülung von Bedürfnisanlagen,
3. die laufende Berieselung von Fenstern,
4. das Laufenlassen von Springbrunnen,
5. die Gartenbesprengung mit Schlauch,
6. das Spülen von Straßen, Wegen und Fußsteigen.

§ 2.

Die Vergeudung von Leitungswasser durch nutzloses Oeffnen oder Offenlassen von Hähnen ist verboten.

§ 3.

Undichtigkeiten an den Privatleitungen und Verbrauchsanlagen, insbesondere den Klosetts, sind sofort nach ihrem Auftreten zu beseitigen.

Diese Verpflichtung trifft den Eigentümer des Grundstücks. Hat sich ein anderer dem Eigentümer gegenüber zur Instandhaltung des Grundstücks oder des betroffenen Teils verpflichtet, so trifft die Verpflichtung diesen. Ist der Verpflichtete selbst zur Beseitigung der Undichtigkeit nicht im Stande, so hat er der Verwaltung des Wasserwerks sofort Anzeige zu erstatten.

Der Inhaber (z. B. Mieter) der betroffenen Wohnung, des betroffenen Grundstücks oder des betroffenen Grundstücksteils hat die Undichtigkeit sofort nach ihrem Auftreten dem zur Beseitigung Verpflichteten (Absatz 2) mitzuteilen, falls sie nicht auf andere Weise sofort beseitigt wird.

§ 4.

Uebertretungen dieser Verordnung werden unbeschadet der Maßnahmen der Betriebsverwaltung mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

Lübeck, den 24. April 1918.

Das Polizeiamt.

Einschränkung des Wasserverbrauchs.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteilung Gas und Wasser, hat im Interesse der Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebes der Wasserwerke diesen zur Pflicht gemacht, auf tunlichste Sparsamkeit bei der Verwendung des Wassers hinzuwirken und jeder Verschwendung nachdrücklichst entgegenzutreten.

Die Bevölkerung wird daher, zumal im letzten Jahre, namentlich in den letzten Monaten, die Wasserentnahme erheblich gewachsen ist, aufgefordert, sich beim Verbrauche von Leitungswasser der größten Sparsamkeit zu befleißigen.

Jede Wasservergeudung und die Verwendung von Leitungswasser zu einzelnen bestimmten Zwecken ist nach der Verordnung des Polizeiamts vom heutigen Tage verboten und strafbar. Soweit die Wasserentnahme erlaubt bleibt, ist sie auf das Notwendigste zu beschränken.

Auch der Wasserverbrauch in Gewerbebetrieben ist einzuschränken. Den hierauf bezüglichen Weisungen der Verwaltung des Wasserwerks muß entsprochen werden.

Der Verwaltung des Wasserwerks bleibt vorbehalten, im Falle übermäßiger Wasserentnahme, abgesehen von der etwa verwirkten Strafe, die Absperrung der Wasserzuleitung zu verfügen.

Gegenüber Gewerbebetrieben, die eigene Wasserversorgungsanlagen haben, kann die Lieferung von städtischem Leitungswasser eingestellt werden.

Lübeck, den 24. April 1918.

Die Betriebsbehörde.

Verkauf von Zwiebeln.

Die Gemüsehändler, welche noch Zwiebeln von der letzten Verteilung übrigbehalten haben, dürfen —

ein Pfund Zwiebeln zum Preise von 30 Pfg. für das Pfund

an jede Person, welche im Besitze eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist, gegen Abgabe der Marke 101 der Warenkarte vom Montag, dem 18., bis Donnerstag, dem 21. November, verabfolgen.

Die Abgabe erfolgt nur, soweit Vorrat vorhanden ist.

Die Marken 101 sind auf Klebebogen aufgeklebt an die Großhändler bis spätestens den 23. November abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden gemäß den bestehenden Vorschriften bestraft.

Lübeck, den 16. November 1918.

5734 **Städt. Obst- und Gemüsestelle.**

Kriegsnotgeld.

Von der Stadtkasse werden neue Kassenscheine zu 5, 10, 20 und 50 Mark ausgegeben die bis zum **1. Februar 1919** gültig sind. Sie unterscheiden sich von der ersten Ausgabe namentlich dadurch, daß die Wertbeträge statt mit gewöhnlicher Druckschrift mit Zierschrift ausgeführt sind.

Die **zuerst ausgegebenen Scheine** zu 5, 10 und 20 Mark **mit Gültigkeit bis zum 30. ds. Mts.** (im ganzen 800000 Mark) werden im Laufe des Monats Dezember ds. Js. aus dem Verkehr zurückgezogen und gegen neue Scheine umgetauscht.

Lübeck, den 15. November 1918. (5687

Die Finanzbehörde.

Bekanntmachung.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiter-Rat werden die Schutzleute fortan ihren Dienst in Mütze wahrnehmen.

Lübeck, den 15. November 1918. (5712

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit werden auf den hiesigen Postämtern immer noch chiffrierte Telegramme aufgeliefert.

Telegramme jeder Art sind nur in Klartext zugelassen. Chiffrierte Telegramme werden ohne Ausnahme von der Beförderung ausgeschlossen.

Lübeck, den 14. November 1918. (5709

Telegramm-Prüfungsstelle.
J. A. Emil Bohr.

Eutin, den 12. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat für das Fürstentum Lübeck hat folgendes beschlossen:

1. Die Geschäfte der Ernährungs- und Volkswirtschaft übernimmt Herr Bürgermeister Mahlstedt, Eutin.
   Ihm sind seitens des Arbeiter- und Soldatenrates die Herren Ketelhohn, Bad Schwartau, K. Fick, Stockelsdorf und O. Hildebrandt, Eutin, beigeordnet.
   Ferner sind ihm zugeteilt die Aktuare Hinrichs und Streekmann, Eutin.
2. **Sämtliche Verordnungen behalten vorläufig ihre Gültigkeit und müssen genau befolgt werden.**
   Die Polizeiorgane bleiben weiter im Dienst.

Noch einmal, und hoffentlich zum letzten Male tritt die Frage des Durchhaltens an uns heran. Mit einem Schlage können die Vorratskammern nicht gefüllt werden. Manche Entbehrungen wird der Winter noch bringen; helfe jeder, sie zu mildern und zu beseitigen. **Nicht was gewesen ist, darf uns beschäftigen, die Zukunft braucht unsere ganze Kraft.**

Der Arbeiterrat:	Der Soldatenrat:
Joh. Ketelhohn,	Sergt. Peters,
O. Hildebrandt,	Vzfeldw. Fürgensen,
K. Fick.	Ufz. Karberg. (5704

Landesvorstand. Eutin, den 12. November 1918.

An Stelle des § 10 der Bekanntmachung des Landesvorstandes vom 7. August 1918, betreffend Verbrauchs- und Mahlvorschriften für Selbstversorger und die Verarbeitung von Früchten zu Futtermitteln tritt folgende Vorschrift:

§ 10: Die Ausstellung der Mahl- und Schrotkarten erfolgt in den Stadtgemeinden durch die Stadtmagistrate, für die Ortschaften Niendorf, Timmendorferstrand und Scharbeutz durch die Kurverwaltung in Timmendorferstrand, in den übrigen Ortschaften durch die Bauernvögte.

Diese Bestimmung tritt mit dem 15. Dezember d. Js. in Kraft. (5705

Mahlstedt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
K. Fick. Peters.

Landesvorstand. Eutin, den 12. November 1918.

Unter Abänderung der Bestimmungen in §§ 6 und 8 der Anordnungen des Landesvorstandes über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs im Fürstentum Lübeck vom 8. August 1918 wird bestimmt, daß Kinder im Alter von über 6 Monaten Brotkarten über Krankengebäck ausgestellt erhalten.

Die Ausgabe der Karten erfolgt durch die Stadtmagistrate und Gemeindevorstände, für die Ortschaften Niendorf, Timmendorferstrand und Scharbeutz durch die Kurverwaltung in Timmendorferstrand.

Diese Bestimmung tritt am 20. November d. Js. in Kraft.

Mahlstedt. (5706

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
K. Fick. Peters.

Landesvorstand. Eutin, den 12. November 1918.

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates wird folgendes bestimmt:

Sämtliche Ausweise für den Bezug von Zusatz-Lebensmitteln an Kranke (Vollmilch, Krankengebäck, Butter, Fleisch, Eier, Grieß usw.) werden vom 20. November d. Js. an nur durch die betreffenden Gemeindebehörden, für die Ortschaften Niendorf, Timmendorferstrand und Scharbeutz durch die Kurverwaltung in Timmendorferstrand ausgestellt.

Vollmilch, Butter und Fleisch dürfen nur gegen ärztliche Zeugnisse auf vorgeschriebenem Formular bewilligt werden; im übrigen genügen die üblichen Rezepte der Ärzte.

Mahlstedt. (5707

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
K. Fick. Peters.

Zur Entgegennahme von Anträgen für **Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Vieh- und Haftpflicht-Versicherungen** bei mäßiger Prämie empfiehlt sich
Die General-Agentur **H. Fr. Rissmann,**
Johannisstr. 1, 1. Etg. Fernspr. 1364.

Zusatz zur Geschäftsverteilung des Soldaten- und Arbeiter-Rats.

Post- und Telegraphen-Ueberwachungswesen: 5685
Weichel
Vertreter: **Bohr.**
Fernruf 3318. Braunstr. 1—3, I.

Waisenhaus.

Die jährliche Haussammlung für das **Waisenhaus** beginnt **Ende September.** Sie wird durch die Boten **J. Cartobius** und **J. Wilms**, welche Ausweiskarten bei sich führen, wahrgenommen.

Seit seinem **375jährigen Bestehen** ist das Waisenhaus durch **freiwillige Gaben** erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlichst eingedenk sein zu wollen.

Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das **Waisenhaus auf die Mildtätigkeit angewiesen ist.** Dies gilt um so mehr, als infolge des Krieges die Anforderungen an unsere Anstalt ganz besonders gewachsen sind und durch die regelmäßigen Einnahmen nicht gedeckt werden können. (5693

Lübeck, September 1918.

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.

Bekanntmachung.

Die Diensträume der Baubehörde und der Baukasse bleiben bis auf weiteres an den Sonnabend-Nachmittagen von 1 Uhr an geschlossen. 5735

Lübeck, den 16. Nov. 1918.

Die Baubehörde.

Wegen nochmaliger Fahrplanänderung auf den Nachbarstrecken verkehren vom 16. ds. Mts. ab zwischen Lübeck und Kiel die Zg. 678, 682, 673 und 681; zwischen Lübeck und Eutin die Zg. 751, 752 und vorläufig die Zg. 674 und 677. (5732

Lübeck, den 15. Nov. 1918.

Die Direktion der Eutin-Lüb. Eisenbahn-Ges.

Maurer u. Bauarbeiter stellt sofort ein (5701
Aug. Fasel, Baugeschäft,
Travelmannstr. 11. pt.

Krankheitshalber möglichst für sofort tüchtiges erfahr.
Kinderfräulein
oder junges Mädchen mit guten Empfehlungen zu 3 Kindern gesucht. Meldung nachm. von 4—7 Uhr. (5702
Frau **Else Frank,**
Schwartauer Allee 4.

Junger tüchtiger **Gärtner** sucht Beschäftigung zum Instandhalt. und Umarbeiten von Gärten.
Angebote unter **N 16** an die Exped. dieses Blattes. (5728

Junge **Kriegerwitwe** m. einem achtjährigen Knaben sucht (5731
Stellung als Haushälterin.
Ang. unter **P L** an die Exp.

Z. verk. e. Knaben- u. Mädchenränzel. 5726 Lindenst. 39a.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Eine feine Sache!

So wird ein jeder Herr sagen, der sich meiner Spezial-Abteilung zum

Wenden u. Umarbeiten

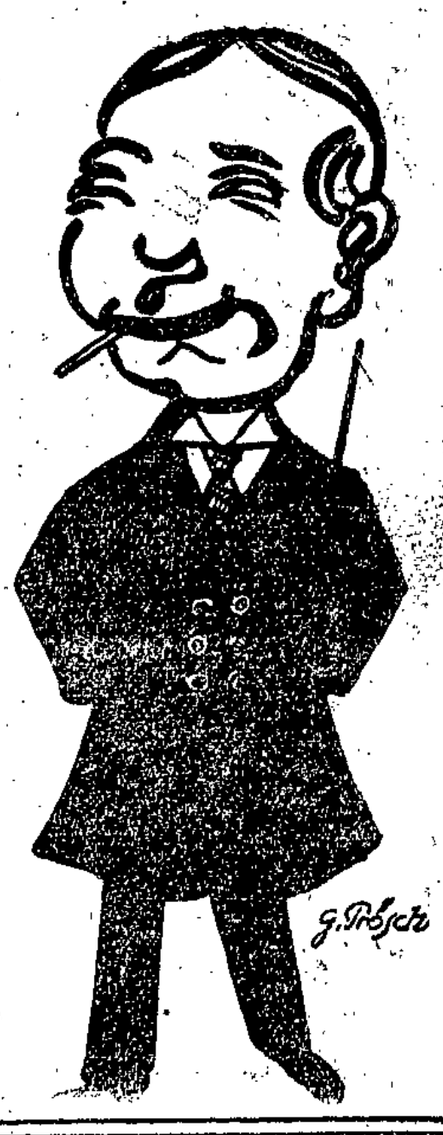
getragener Kleidungsstücke bedient und sich dadurch im Besitze

neuer modern. Kleidung

setzt.

Der Preis für das Wenden eines Anzuges beträgt 45.00 Mk.
„ „ „ „ „ „ Paletots „ 40.00 „

Die fachmännische Leitung dieser Abteilung bürgt für beste Ausarbeitung



Rudolph Karstadt Lübeck

Aerztlicher Sonntagsdienst am Sonntag, 17. Nov. 5688
Krl. **Dr. Wodrig,** Fleischhauerstr. 17
Dr. Siering, Pferdemarkt 15.
Dr. Ad. Christern, Fack. Allee 13.

Kaufe dauernd lebende u. geschlachtete (5698
Kaninchen
Gewicht von 4 Pfund an.
H. Wede, Lübeck,
Schwartauer Allee 5.

Ich bin aus dem Felde zurückgekehrt und nehme meine Praxis wieder persönlich wahr. 5722
Weyrowitz,
Rechtsanwalt u. Notar.

Zahn-Praxis (5695
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Zimmergesellen

stellt sofort ein
H. Möller, Baugeschäft,
Kronsforder Allee 37b. 5711

Grosse Inventarversteigerung

im Hotel Kaiserhof, Lübeck.

Morgen, **Sonntag, den 17. November,** vormittags präzise 11 Uhr beginnend (und folgende Tage morgens 10 Uhr) werde im Auftrage nachfolgende sehr feine Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als:

ca. 60 Stück kompl. Logierzimmer

bestehend aus eleganten Bettstellen mit Matratzen, Waschkommoden mit Marmor, ein- und zweitürigen Kleiderschränken mit und ohne Spiegel, Chaiselonguen, Nachtschränken, Handtuchständern, Tischen, Waschgeschirren, Kofferböcken und sonstiges mehr.

Ferner: Garnituren in verschiedenen Arten, einzelne Sofas, Bänke, Tischdecken, Teppiche, Läufer, Betten, viele Herren- und Damen-Schreibtische in allen Arten, Spiegeltoiletten, Blumentische, Kinderbettstellen, Bilder verschiedener Art, auch feine Gemälde, Schreibstühle, Hocker, seidene Salonstühle, Sofa- und andere Tische, sowie Nichtgenanntes mehr.

Außerdem das

kompl. Restaurant-Inventar

als sämtliches Hotelsilber, wie Löffel, Gabeln, Messer, Teelöffel in allen Arten, sodann alle Kristalle und andere Glassachen, ebenfalls das kompl. vorhandene Porzellan und anderes mehr, Wirtschaftstische, viereckig und rund, Wandbogen, ein elegantes Büfett und Tonbank, sowie außerdem alle vorhandenen Zimmer- und Restaurantstühle.

Ferner die

kompl. Kücheneinrichtung

sowie die

Personalzimmer.

R. Bruhn,
vom Polizeiamt sowie Stadt- und Landamt angestellter und beeidigter Versteigerer und Sachverständiger.
Kontor: Lübeck, Fischstraße 36. Fernruf 977.
Besichtigung zwei Stunden vor Beginn der Versteigerung.
NB. Dringender Gründe wegen beginnt die Versteigerung mit Genehmigung der Behörde schon am Sonntag vormittags 11 Uhr. (5727

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Jedes Bild
vergrößert (5684
Reinhardt, Glockenstr. 5.

Feldpostkartenbriefe
sind vorrätig.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
5696) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets vorrätig
Fernsprecher 2734.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 3.50, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 3.75, durch ein Postamt Mk. 3.60.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

Konzerthaus 5725
Zauberflöte.
D' lustigen Alpenkinder.
5 Damen. 3 Herren.
Anfang 4 Uhr. **L. Kock.**

Verein der Musikfreunde.
6. volkstüml. Konzert
Montag, d. 14. November
abends 7½ Uhr, im Stadttheater.
Leitung: Dr. Georg Göhler.
Franz Schubert-Abend. 5710

Theater f. d. Jugend.
Marmorsaal d. Stadttheaters
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Däumling u. d. Menschenfresser
Märchen in 6 Bildern 5683
Kassenöffnung ½3 Uhr.

„Burnus"

wäscht Wäsche wunderbar.
(D. R. P.) Gen. K. A. 2603

„Burnus" Ist kein Kriegsprodukt, Spart Heizung, Arbeit und Geld. Ist ohne Seifenkarte erhältl., Schont das Gewebe.
Erhältlich in allen einschlägigen, durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. 5692
Hersteller: Röhm & Haas, Chem. Fabrik, Darmstadt.
Vertretung: **Heinr. Hundt, Lübeck, Postfach.**

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 5723
Sonnabend, den 16. November
Rose von Stambul.
Sonntag, den 17. November
Vormittagsvorstellung
Frank Wedekind.
Anfang 11 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr.
Im weißen Röß'l.
Abends 7 Uhr
Martha.
Dienstag, den 19. November
Fidelio.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 69a Tel. Nr. 474

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestraße
Herrenwäsche, Kravatten, Unterzeuge, Hüte, Mützen etc.

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal — empfehlenswerte Geschäfte — Zur gefl. Beachtung empfohlen

Brauereien
Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorzugt.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 113 Telephon 687
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Gemischtwarenhandlungen
Adolf Röhrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Fleisch- und Wurstwaren
Ochsen- u. Schweineschlächterei
Julius Schober
feinste Wurstwaren
Große Bergstr. 55

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere G. m. b. H.
liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 64
Sohlenschnitt, Bedarfsartikel
Pelz-Gerberei

Heinr. Schlüter Glandorpstraße 7 Schlledersaussch.

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Eutin
Mewes Mühle, Mühlenfabrikate

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei